

## Umkämpfte Klagen: Chronologie. KURZVERSION

### 16. Juni 2002 - 31. August 2004

#### 2002

16-6-2002

Ed Fagan kündigt via SonntagsZeitung die Einreichung einer Sammelklage in New York gegen u.a. die UBS und die Credit Suisse Group (CSG) an und fordert Entschädigungszahlungen in der Höhe von mindestens 80 Milliarden Franken.

Karin Rhomberg, Sprecherin der CS Group:

„Unserem Unternehmen eine Mitverantwortung für die Ungerechtigkeiten des Apartheid-Systems zuzuweisen, wäre absurd, und die Faktenlage unterstützt einen solchen Vorwurf in keiner Weise.“ Die CSG habe sich „jederzeit an alle relevanten Gesetze und Vorschriften sowie an die Richtlinien der Schweizer Regierung für die Geschäftstätigkeit mit Südafrika gehalten.“

(SonntagsZeitung, 16.6.2002)

Strategiepapier der Economiesuisse:

Die SoZei zitiert aus einem vertraulichen Strategiepapier des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse zum Thema Entschädigungsklagen (deren Einreichung ja bereits seit längerer Zeit vermutet wurde). Für den noch als unwahrscheinlich taxierten Fall einer Klage gegen Schweizer Unternehmen fordert das Geheimpapier den breiten nationalen Schulterchluss: „Wichtig ist vor allem, dass Wirtschaft und Bund die Forderungen klar ablehnen. Es muss deutlich werden, dass im Gegensatz zur Holocaust-Diskussion die Schweiz zu keinen Kompromissen bereit ist.“ In enger Kooperation sollen die politischen Behörden und die Wirtschaft Kommunikation und Sprachregelung absprechen. Umgehend sollen professionelle PR-Büros sowohl in Südafrika wie in der Schweiz die Öffentlichkeit zu einer „politischen Verurteilung“ der Sammelklage motivieren.

Das PR-Dispositiv von Economiesuisse zielt in 3 Richtungen:

1. soll Ed Fagan als Feindbild gezeichnet werden. Dessen „ungerechtfertigte“ Aktion wird als eine „reine Profitmache eines populistischen Anwalts“ ohne jede objektive, sachliche Basis dargestellt.

2. wird hervorgehoben, dass die südafrikanische Regierung sich von der Klage distanzieren und vielmehr an kontinuierlichen Investitionen, Hilfe vor Ort und Expertenwissen als an Geld und Auseinandersetzungen um die „alten Wunden“ interessiert sei.

3. wird eine „proaktive“ Medienkampagne gestartet mit dem Ziel, die Schweiz als einen der bedeutendsten Investoren und als Entwicklungshelfer zu zeigen, der vor Ort am Aufbau des neuen Südafrika engagiert sei. In dieses Kapitel gehört auch die intensiviertere Kontaktpflege mit den südafrikanischen Behörden und die Stärkung der wirtschaftlichen Präsenz der Schweiz: „Swiss Business Hub, Handelskammer, Südafrika-Messe, Investitionsseminar“.

Mit dieser Vorwärtsstrategie („Fokuswechsel: Weg von der Diskussion über die Vergangenheit Südafrikas, hin zu einem positive Ansatz für die künftige Entwicklung des Landes“) will die Schweizer Wirtschaft die „Gegenseite“ frühzeitig ausbremsen. Zudem will Economiesuisse „die Aktivitäten dieser Exponenten“ genau verfolgen - und parallel dazu „ausgewählte Parlamentarier“ informationsmässig aufrüsten.

(SonntagsZeitung, 16.6.2002)

Thomas Pletscher, Mitglied des Vorstandsausschusses der Economiesuisse, zu AP: „Die Forderungen sind unter jedem Titel unberechtigt. Nach all unseren Erkenntnissen haben sich die Schweizer Firmen sowohl was die Arbeitsbedingungen anbelangt als auch bezüglich der finanziellen Beziehungen mindestens ebenso gut wenn nicht sogar besser verhalten als die Unternehmen anderer Staaten.“  
(Tages-Anzeiger, 17.6.02)

17-6-2002

Ed Fagan kündigt auf dem Zürcher Paradeplatz zusammen mit Dorothy Molefi, der Mutter von Hector Petersen und dem südafrikanischen Anwalt John Ngcebetsha, die Einreichung der Ntsebeza-Sammelklage gegen UBS, CS und die amerikanische Bank Citicorp an. Später sollen Firmen und Banken in Frankreich, England und Deutschland ebenfalls eingeklagt werden.

Parallel dazu findet in Soweto eine Medienkonferenz mit Dumisa Ntsebeza statt. Fagan wird auf dem Paradeplatz ausgebuht und angegriffen. Laut SonntagsZeitung hat der Zürcher Willy Egger, SVP-Mitglied und Auns-Aktivist, den Mob auf dem Paradeplatz zusammengetrommelt.

(SonntagsZeitung, 23.6.02)

17-6-2002

Medienstatement Jubilee South Africa:

„'This is a high point in a long battle we started more than three-and-a-half years ago. (...) Jubilee South Africa repeatedly warned over the past two years that such action will be taken as a last resort by victim groups associated with us if the matter was not dealt with by international corporate and political representatives through a decisive process of dialogue and negotiation. However, they rejected our calls with contempt. This international court action should therefore not come as a surprise', said MP Giyose, chairperson of Jubilee South Africa. „(...) Yet we still have hope that they will now enter into open dialogue with us to bring justice, healing and reparation to apartheid's victims', he said. Jubilee South Africa therefore calls on Swiss, American, German and British political and business leaders to convene an international conference with representatives of the banks, businesses, and civil society campaigning groups to decisively address this matter.(...)“

(Media Statement Jubilee South Africa, 17.6.02)

18-6-2002

Statement by Archbishop Njongonkulu Ndungane:

„(...) In the interests of justice and the common good, the banks and businesses should now sit down together with apartheid victim groups and other parties to discuss and resolve the matter of reparations, including debt cancellation and social programmes for post-apartheid reconstruction and development. In a spirit of transparency, they should open their books to public scrutiny so as to ascertain with certainty the extent of profiteering from apartheid. (...) To this end, I give my full support to convening an international conference (...)“

(Statement by Njongonkulu Ndungane, 18.6.02)

19-6-2002

Die Ntsebeza-Klage gegen UBS CSG und Citicorp wird eingereicht beim Bundesbezirksgericht des südlichen Distrikts von New York. Zuständiger Richter ist

Richard Conway Casey. Bis zu 100 weitere, noch nicht namentlich genannte Unternehmen sollen später in die Klage miteinbezogen werden.  
(NZZ, 21.6.02)

19-6-2002

Der Washingtoner Anwalt Michael Hausfeld bestätigt, dass er eine grosse Sammelklage im Namen von Opfern des Apartheid-Regimes vorbereite. Er gehe davon aus, dass die Klage im Spätsommer eingereicht werden könne. Er übt scharfe Kritik an Ed Fagan, insbesondere, dass er ohne gründliche Vorbereitung vorgeprellt sei.

(NZZ, 20.6.02)

21-6-2002

UBS-Sprecherin Monika Dunant: „Wir werden uns mit allen juristischen Mitteln gegen diese Klage wehren. (...). Wir sind gut vorbereitet. Es besteht keine Legitimation, dass man der Bank weder völkerrechtlich noch sonst wie etwas vorwerfen kann.“ Die UBS habe sich immer im Rahmen der offiziellen Schweizer Politik bewegt. CSG-Sprecherin Karin Rhomberg sagt, die Klage entbehre jeder juristischen und faktischen Grundlage.

(Tages-Anzeiger, 21.6.02)

23-6-2002

Laut SonntagsZeitung beauftragten der Bund und Economiesuisse etwa zur gleichen Zeit, als Ndungane und andere Jubilee-Vertreter Reparationen zu fordern begannen, eine der renommiertesten Zürcher Wirtschaftskanzleien mit ersten rechtlichen Abklärungen zu allfälligen Sammelklagen. Später sollen sie ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben haben.

(SonntagsZeitung, 23.6.02)

23-6-2002

Mandelas „Dankesbrief“ an Fritz Leutwiler: Wirtschaftskreise bringen einen Brief Nelson Mandelas an Leutwiler vom 22.7.1994 in Umlauf - um damit zu belegen, wie unberechtigt die Sammelklage von Apartheidopfern ist.

Darin gratuliert Mandela Leutwiler zum 70.Geburtstag und bedankt sich für dessen Rolle bei den Umschuldungsverhandlungen sowie seinen Einsatz für die Freilassung Mandelas und seiner Gefährten - und schliesst: „I am certain that you will maintain your interest in South Africa and so contribute to the reconstruction and development thereof.“

(SonntagsZeitung, 23.6.02)

23-6-2002

Wirtschaftslobby hat Mühe, den Bund in ihr Abwehrdispositiv einzubinden:

Zwar verfolgt der Bund laut EDA-Sprecher Ruedi Christen mit den Wirtschaftsverbänden und der Bankiervereinigung „das gemeinsame Ziel, die Sammelklagen abzuwehren“. Doch in der Praxis zeigen sich Differenzen.

Am 18.6. formuliert eine Arbeitsgruppe - ganz im Sinne der Wirtschaft - ein Communiqué, das publiziert werden und damit die wirtschaftlich-politische Abwehrfront schliessen soll. Auf der Basis des interdepartementalen Berichts von 1999 hat die Gruppe unter Leitung von Botschafter Jacques de Watteville, Leiter der Abteilung Finanz- und Wirtschaftsfragen im EDA, eine defensive Linie gewählt. Aussenminister Deiss und EDA-Generalsekretär Walter Thurnherr aber stoppen die

Publikation des wirtschaftsnahen Texts. Offizielle Begründung: Man habe keine Nervosität signalisieren und Fagans Aktion nicht weiter anheizen wollen. Auf Distanz geht das Departement auch zur Forderung der Wirtschaft, der Bund müsse Entwicklungsprojekte in Südafrika „proaktiv in den Medien darstellen“ und gezielt „auf Erfolge hinweisen“. Entwicklungshilfe sei „kein PR-Instrument, auch nicht zur Gunsten der Wirtschaft“, sagt Christen. Bis jetzt hat der Bundesrat noch keinen Kommentar zu den Klagen abgegeben. (SonntagsZeitung, 23.6.02)

23-6-2002

Alt-Staatssekretär Edouard Brunner gegenüber dem SonntagsBlick:

„(...). Doch bleiben wir realistisch: Von unseren Handelsbeziehungen profitierten das Land und die Leute mehr als das Apartheid-Regime. Wenn heute Südafrika weiter entwickelt ist als alle anderen ehemaligen Kolonialgebiete, dann ist das, weil Europa und die USA stark investierten. Diese Erfolge erbt auch die Regierung von Mandela. (...) alles, was wir wirtschaftlich gemacht haben, verkürzt das Leben der Apartheid. Es ist unmöglich, eine freie Wirtschaft zu haben und daneben totalitär zu herrschen. (...) Man kann keine Schuld oder einen schlimmen Fehler seitens der Behörden oder der Wirtschaft konstruieren. Im Gegenteil: Der Einfluss der Schweiz ermöglichte dem Regime zu verstehen, dass es so nicht weitermachen konnte. Dass es nicht geht, in einer freien Wirtschaft die Bevölkerungsmehrheit auf Grund von Rassen-Kriterien zu kontrollieren.“

(SonntagsBlick, 23.6.02)

26-6-2002

Der Bundesrat nimmt Stellung:

„(...). Eine erste Durchsicht hat ergeben, dass die Anklagepunkte sehr summarisch sind und nicht durch konkrete Fakten untermauert sind. Die beiden betroffenen Schweizer Banken haben vor, die Sammelklage auf gerichtlichem Weg zurückzuweisen.

Es ist nicht am Bundesrat, sich zur Berechtigung einer solchen Klage zu äussern. Hingegen ist er der Ansicht, dass diese Art von Sammelklagen vor einem amerikanischen Gericht nicht geeignet ist, um politische Probleme anderer Länder zu lösen. Solche gerichtlichen Aktionen können auch die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ländern, in denen das Völkerrecht und Menschenrechte verletzt werden, nicht beantworten.

Der Bundesrat hat das EDA beauftragt, zusammen mit den anderen Departementen sowie mit Vertretern der Wirtschaft die Entwicklung der Lage weiter zu verfolgen. Die Schweiz und Südafrika verbinden enge Beziehungen. Der Bundesrat wird alles daran setzen, diese weiter zu vertiefen. In den regelmässigen offiziellen Kontakten zwischen der Schweiz und Südafrika gibt es auch keine Hinweise, dass die südafrikanischen Behörden derartige Sammelklagen unterstützen würden.“

(Sammelklage Südafrika: mündliche Information durch den Bundesratssprecher (Vizekanzler Achille Casanova), 26.6.02)

28-6-2002

Hansjürg Saager, Besitzer der Wirtschaftsnachrichtenagentur AWP und Vorstandsmitglied der SSAA, im Interview mit Cash:

„Die Höhe dieser Forderung ((Fagan: 80 Mia.\$) ist absurd. Das ((Goldgeschäft)) war nur bis Ende der Fünzigerjahre ein gutes Geschäft für die Schweizer Banken. (...).

Die harten Verhandlungen von damals ((Leutwilers Umschuldung)) haben wesentlich zur Auflösung der Apartheid beigetragen. Denn unter der Regierung von PW Botha wurde durch den Druck die so genannte kleine Apartheid abgeschafft. Nichtweisse Bürger durften auch ausserhalb ihres Distrikts reisen, getrennte Toiletten und Fahrstühle wurden abgeschafft, schwarze Gewerkschaften wurden erlaubt. Schweizer Unternehmen wie die damalige Ciba-Geigy gingen sogar so weit, schwarze Mitarbeiter in Kaderfunktionen zu setzen und damit Weissen überzuordnen. Das war zwar offiziell nicht erlaubt, wurde aber geduldet. (...). Die Schweizer Unternehmen haben nachweislich nichts Unrechtmässiges getan.“ (Cash, 28.6.02)

30-6-2002

Anton Schrafl, Präsident der SSAA und langjähriges Führungsmitglied von Holcim, gegenüber dem SonntagsBlick:

„(...) Regierungen kommen und gehen. Es ist nicht sinnvoll, auf ein bestimmtes Regime zu setzen und auf ein anderes nicht. (...) Fabriken, gerade auch Zementwerke, sind langfristige Investitionen. Da können Sie nicht einfach den Schlüssel drehen und abhauen, wenn Ihnen mal eine Regierung nicht passt. (..) Im grossen Ganzen war die Rentabilität in Südafrika nicht besser oder schlechter als in anderen Entwicklungsländern. Eine Firma prosperiert oder stagniert, je nachdem wie die Wirtschaft wächst. Holderbank hat die Gewinne übrigens meistens nicht herausgenommen, sondern lokal reinvestiert, um die Expansion zu finanzieren.(...). Das Lohnniveau der Schwarzen war am Anfang tiefer als das der weissen Arbeitnehmer. Der Mangel an qualifiziertem Personal sorgte dann aber dafür, dass sich die Löhne für die gleiche Arbeit angleichen. (...). Tatsächlich sah das Gesetz vor, dass die Schwarzen bloss Hilfsarbeiter, aber keine Handwerker sein durften. Wir hielten uns aber nicht daran, wenn wir keine weissen Handwerker fanden. Viele anderen Firmen auch nicht. Zusammen mit Ciba-Geigy, BBC, BMW und IBM gründete Holderbank sogar eine Ausbildungsstätte für Handwerker - Ga-Rankuwa.“  
Frage: Also keine Rede von schamloser Ausbeutung durch die Apartheid?  
Schrafl: „Wenn man eine solche Haltung eingenommen hätte, wäre es längerfristig nicht gut herausgekommen. Sie können die Menschen nicht auf Dauer unterdrücken. Das wäre auch für die Wirtschaft eine Sackgasse.(...). Die Unternehmen waren Teil der Wirtschaft. Wären alle ausländischen Firmen abgezogen, wäre das Land kaputtgegangen. Auch die Schwarzen hatten es durch unsere Präsenz besser.“ (SonntagsBlick, 30.6.02)

30-6-2002

Pio Eggstein, früher Leiter der SKA und dann der CSG in Südafrika, zu den Sammelklagen:

„Diese Erpressungsversuche muss man ignorieren. Die Schweizer Unternehmen haben sich nicht falsch verhalten. Könnte ich in der Geschichte zurück, würde ich - was Südafrika betrifft - alles wieder genau gleich machen.“ (SonntagsZeitung, 30.6.02)

30-7-2002

Mascha Madörin, Ökonomin und Mitarbeiterin bei der Aktion Finanzplatz Schweiz, in einem Artikel im St.Galler Tagblatt:

„(...) Die Schweizer Regierung und die Wirtschaft argumentieren bis heute, dass Sanktionen nichts genützt haben. Mit Statistiken der Schweizer Banken respektive der Nationalbank versuchen sie zudem zu belegen, dass die Schweiz mit Südafrika

normale Wirtschaftsbeziehungen gepflegt und keine Finanzsanktionen umgangen habe. Wenn wir uns jedoch die gesamten ausländischen langfristigen Investitionen (Direktinvestitionen, Kredite, Anleihen, Aktienbeteiligungen usw.) in den Statistiken der südafrikanischen Reserve Bank anschauen, so sieht das Bild anders aus: 1980 lag der Anteil der Schweiz etwa bei 10 Prozent, 1989, als die Sanktionen am stärksten waren, bei 25 Prozent - und heute bei 4 Prozent. Ein Schweizer Banker soll in den 80er Jahren laut der südafrikanischen Zeitung 'The Star' gesagt haben: 'Wir werden ihnen das Geld leihen, das sie brauchen. Es darf nur nicht in unseren Bilanzen erscheinen.' Kein Wunder, dass die Schweizer Banken ihre Archive nicht öffnen wollen."

(St. Galler Tagblatt, 30.7.02)

31-7-2002

Der frühere Erzbischof Desmond Tutu im Interview mit Facts. Auszüge:

Tutu: „Man kann sie ((Ntsebeza-Klage von Ed Fagan)) jedenfalls nicht einfach abtun. Er ist ein fähiger Anwalt und hat es immerhin geschafft, mehrere Milliarden Dollar für die Opfer des Holocaust von Schweizer Banken und deutschen Unternehmen zu ergattern. Wenn die Opfer tatsächlich davon profitieren, dann ist gegen seine Initiative nichts einzuwenden. Wir haben die Banken damals aufgerufen, dem Apartheidregime keine Kredite mehr einzuräumen, aber keiner hat auf uns gehört. (...). Dass die Schweizer Banken als erste angegriffen wurden, liegt daran, dass sich die Schweiz selbst als die Bankenzentrale der Welt betrachtete. Wiederholt haben die Schweizer ja auch die Umschuldungsverhandlungen mit dem Apartheidregime geführt. Es gibt also gute Gründe, sie zuerst ins Visier zu nehmen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sich die anderen sicherer fühlen können. Alle Unternehmen, die mit dem Apartheidregime Geschäfte gemacht haben, sollten wissen, dass sie in der Schusslinie stehen.“

Frage: Hatten Sie jemals direkten Kontakt mit Schweizer Banken, um sie von einem Boykott Pretorias zu überzeugen?

Tutu: „Die waren damals nicht daran interessiert, sich mit uns zu treffen. Die meisten dieser Leute ignorierten uns, sie hielten uns für unbedeutend.“ (...).

Frage: Die Wahrheitskommission galt eigentlich als massgebliche Instanz, die die südafrikanische Vergangenheit aufarbeiten und auch die Frage der Reparationen klären sollte. Untergräbt Ed Fagan nun nicht die Zuständigkeit der Kommission?

Tutu: „Nein. Die Wahrheitskommission sollte sich um Versöhnung innerhalb der südafrikanischen Bevölkerung bemühen. Hätte Fagan südafrikanische Firmen angeklagt, dann wäre das tatsächlich ein Eingriff in unser Terrain. Weil er aber die internationalen Verbindungen des Apartheidregimes anvisiert, kommt er uns überhaupt nicht in die Quere. Und wenn er dafür sorgt, dass die Opfer des Apartheidregimes besser entschädigt werden, dann ist uns das willkommen.“ (...).

Frage: „Was würden Sie nun den Schweizer Banken raten?

Tutu: „Sie sollten bezahlen. Sie können es sich leisten. Und sie sollten es in Würde tun.“

(Facts 31/02, 31.7.02)

5-8-2002

Jubilee engagiert Michael Hausfeld:

Jubilee unterstütze die Ntsebeza-Klage und die Opfer zwar immer noch, sei aber besorgt über die Arbeitsweise von Fagan, sagt Neville Gabriel gegenüber der SDA. „Die Art und Weise, wie Fagan die Klage präsentierte, gibt den Opfern den Eindruck, dass sie damit reich werden könnten.“ Dies sei nie das Ziel von Jubilee 2000

gewesen. „Wir haben Hausfeld formell engagiert, Jubilee bei der Entwicklung einer integren, sensiblen und glaubwürdigen Kampagne zu unterstützen“, so Gabriel. Jubilee verlange auf der einen Seite ein breit abgestütztes Sozialprogramm für die Entwicklung von Gemeinden, auf der anderen Seiten aber auch private Kompensationen.  
(NZZ, 6.8.02)

8-8-2002

Yasmin Sooka, Direktorin der EU-Stiftung für Menschenrechte in Pretoria und Patronin von Jubilee, im Interview mit Facts. Auszüge:  
„Uns hat die Art nicht gefallen, wie Ed Fagan seine Initiative der Öffentlichkeit präsentierte. Uns geht es nicht um Sensationshascherei. Als wir hörten, dass Fagan zu den Opfern der Apartheidsherrschaft ging und ihnen versprach, viel Geld für sie herauszuholen, da sagten wir: Halt! Damit wollen wir nichts zu tun haben.(...). Hausfeld wird eng mit uns zusammenarbeiten und einen rechtlich und inhaltlich sehr gut begründeten Prozess vorbereiten. Es geht uns darum, international operierende Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Sicher zu stellen, dass sie sich nicht wieder wie in Nazi-Deutschland, unter der Apartheidsherrschaft oder im kolonialisierten Afrika verhalten können. Wir stehen vor der historischen Chance, multinationalen Unternehmen und ihren Financiers klar zu machen, dass sie mit Konsequenzen rechnen müssen, wenn sie gegen die Weltordnung oder gegen die moralische Ordnung verstossen.“  
(Facts, 32/02, 8.8.02)

8-8-2002

Die Ntsebeza-Klage gegen Schweizer Banken wird zum ersten Mal vor Gericht behandelt. Fagan schlägt vor, alle Klagen vor einem einzigen Richter zusammen zu legen. Die Anwälte der Banken, Roger Witten und Francis Barron wollen am 13.9.02 eine Motion zur Abweisung der Klage einreichen.  
(SDA, 9.8.02, NZZ, TA, Bund, 10.8.02)

18-8-2002

Michael Hausfeld will erste Apartheidklagen „gegen Konzerne aus aller Welt,“ noch vor Ende Jahr einreichen. Er betont, dass er die Verantwortung der jeweiligen Unternehmen konkret an individuellen Fällen nachweisen will. Hausfeld hofft, dass die südafrikanische Regierung ihre Meinung zu den Klagen ändert, sobald sich Erfolgschancen für seine Klagen abzeichnen. Seine Apartheid-Klagen versteht Hausfeld als Hebel, um die Konzerne dazu zu bringen, mit seiner Koalition in Verhandlungen zu treten.  
(NZZ am Sonntag, 18.8.02)

23-8-2002

2. Anhörung im Fall der Ntsebeza-Klage.  
Bis 13.9.02 muss Fagan eine bereinigte Klageschrift verfassen und alle ausstehenden Klagen gegen zusätzliche Unternehmen einreichen. In der Schweiz nimmt Fagan Ems-Patvag sowie den Rechtsnachfolger der Oerlikon-Bührle ins Visier. Gegen Novartis, Roche und Nestlé plant er Klagen wegen Ausbeutung und Diskriminierung von Arbeitern (Labor Cases).  
(Sonntagszeitung, 25.8.02)

19 od. 20-9-2002

Fagan reicht seine konsolidierte und erweiterte Sammelklage ein, die jene vom Juni ersetzt. Beklagt werden amerikanische (Citigroup, J.P.Morgan Chase), britische (Barclays, Natwest, Standard Chartered), deutsche (Deutsche, Dresdner und Commerzbank), französische (Crédit Lyonnais, Banque Indo Suez) Banken sowie UBS und CSG. Dazu kommen IBM, Novartis, Sulzer, Anglo American und De Beers (die letzten vier wegen unfairer, diskriminierender Arbeitspraktiken). Plus bis zu 100 weitere, noch nicht genannte Unternehmen. Gegen Nestlé und Roche hat er in New Jersey Klage eingereicht. Das Prinzip der sekundären Verantwortung („aid and abet“) gehört jetzt auch zu den Klagepunkten.  
(Tages-Anzeiger, 4.10.02)

11-10-2002

Thomas Pletscher, Economiesuisse, gegenüber swissinfo:  
„Wenn die Privatwirtschaft ihre Archive immer mehr öffnen muss, werden sich transnational operierende Konzerne, ob schweizerische oder ausländische, gut überlegen, ob sie ihren Standort in der Schweiz haben sollen.“  
(Swissinfo, 11.10.02)

28-10-02

Die nationalrätliche Rechtskommission lehnt die parlamentarische Initiative Hollenstein (umfassende Aufarbeitung Schweiz-Südafrika) mit 11 zu 9 Stimmen ab. Economiesuisse hatte allen bürgerlichen Mitgliedern vorgängig einen Brief geschrieben. Dagegen stimmen nicht nur SVP und FDP, sondern auch alle CVP-Vertreter, obwohl 3 von ihnen die Initiative im Nov. 2001 mitunterzeichneten. Begründung für ihren Kurswechsel: Öffne man jetzt die Archive, arbeite man Ed Fagan in die Hand, dadurch würde das Risiko der Klagen für die Schweizer Wirtschaft erhöht. So seien sie auch von Vertretern des EDA informiert worden, sagt Doris Leuthard.  
(TA, 29.10.02)

11-2002

Desmond Tutu im Interview mit dem St.Galler Tagblatt:  
Sollen Richter in den USA über die Vergangenheitsbewältigung in Südafrika urteilen?  
Tutu: „Grundsätzlich sehe ich nicht ein, wieso Opfer des Apartheidregimes nicht die Gelegenheit ergreifen sollen, substanzielle Wiedergutmachungszahlungen zu erhalten, wo doch die Opfer des Nationalsozialismus dies sehr erfolgreich getan haben. Das Apartheidsystem war beinahe so übel wie das Dritte Reich.“  
Aufgrund dieser Prämisse müssten aber auch südafrikanische Grossfirmen und Banken in den USA verklagt werden?  
Tutu: „Nein, dies ist etwas anderes. Die Wahrheitskommission hat zwar die südafrikanischen Firmen immer zur Zahlung einer einmaligen freiwilligen Wiedergutmachungssteuer ermuntert. Bei unseren komplexen Verhältnissen in einer Gesellschaft, die durch einen Konflikt in höchstem Mass destabilisiert war, wäre es jedoch nicht gut, wenn wir unseren hart erkämpften Frieden durch gigantisch teure Prozesse wieder stören würden. Aus diesem Grund sollten südafrikanische Firmen nicht vor Gericht gezogen werden.“  
(St.Galler Tagblatt, November 02 (genaues Datum nicht eruierbar)

11-11-2002

Einreichung der Khulumani-Klage durch die US-Anwaltskanzlei Cohen, Milstein, Hausfeld&Toll zusammen mit der südafrikanischen Kanzlei Abrahams Kiewitz am Eastern District Court in New York.

91 KlägerInnen, alles Mitglieder der Khulumani Support Group (32'000 Mitglieder). In einem internen Abstimmungsprozess bestimmten die Khulumani-Gruppen der 9 Provinzen die in der Klageschrift aufgeführten Klagenden.

22 Beklagte: Ölfirmen: ExxonMobil Corp., Shell Oil Co., Caltex (Chevron Texaco Corporation, Chevron Texco Global Energy Inc.), British Petroleum P.L.C., Fluor Corporation, Total-Fina-Elf; Rüstungsunternehmen: Rheinmetall AG; Banken: Barclays National Bank Ltd., Citigroup Inc., Commerbank, Credit Suisse Group, Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, J.P. Morgan Chase (Chase Manhattan), UBS AG; Fahrzeugunternehmen: Ford Motor Co., DaimlerChrysler AG, General Motors Corp.; Technologieunternehmen: Fujitsu Ltd. (International Computers Ltd.), International Business Machines Corp. (IBM), AEG Daimler-Benz Industrie; Bergbaufirmen: Rio Tinto

12-11-2002

Central Methodist Church, Johannesburg: Pressekonferenz von Khulumani und Jubilee South Africa; 600 Überlebende und Angehörige von Opfern sind präsent.

12-11-2002

Media statement Khulumani and Jubilee South Africa:

„After four years of failed attempts to get multinational banks and businesses that propped up the apartheid state to account for their odious profiteering, the Khulumani Support Group and Jubilee South Africa's Debt&Reparations Campaign today announced that a major complaint for apartheid reparations was filed last night in the New York Eastern District Court on behalf of victims of state-sanctioned torture, murder, rape, arbitrary detention and inhumane treatment.

'The corporations aided and abetted a crime against humanity whose persistent social damage requires urgent repair', Jubilee South Africa said in a statement issued today. (...). Thandi Shezi, one of the claimants from the Khulumani Support Group, said: 'Today, we lay claim to our right to redress from the banks and businesses that enabled gross violations of our human rights. This is the only route left open to us to ensure that the truth is known about the extent of corporate complicity in apartheid abuses and that justice is delivered to those who suffered. The victims cannot be left to pay for their own suffering. Multinational corporations must be put on notice that complicity in crimes against humanity does not pay.' (...).

This suit has been filed after extensive international consideration of its legal and factual basis, and after thorough consultation amongst key organisations. Further complaints of similar weight in regard to other aspects of apartheid crimes will be filed in coming months.“

(Media statement Khulumani&Jubilee South Africa/Apartheid Debt&Reparations Campaign, 12.11.02)

12-11-2002

Reaktionen auf Khulumani-Klage:

UBS-Konzernchef Peter Wuffli weist die Klage vehement zurück: Die Geschäftstätigkeit der UBS während des Apartheid-Regimes habe die Menschenrechte nicht verletzt, sagt er anlässlich der Präsentation der Quartalszahlen. Die Forderungen seien gegenstandslos und würden von der UBS

energisch bekämpft. Wuffli drückt zwar Bedauern aus über die Leiden der Bevölkerung. Die UBS halte aber an ihrem Standpunkt fest, dass es keine Verbindung zur Geschäftstätigkeit der UBS in Südafrika gebe.

CS-Sprecher Andreas Hildenbrand: „Der CS eine Mitverantwortung für die Ungerechtigkeiten der Apartheid zuzuweisen, ist ohne Basis und wird von der Faktenlage in keiner Weise unterstützt.“ Die Bank kritisiert zudem das Vorgehen der Kläger: Ein von US-Juristen angestregtes Verfahren vor US-Gerichten sei auf keinen Fall das richtige Forum, um Aktivitäten von Schweizer Firmen in Südafrika zu diskutieren.

Thomas Pletscher, Economiesuisse: „Wir sehen die Klage als ungeeignet an für die geschichtliche Aufarbeitung dieser Situation.“

(Tages-Anzeiger, 12.11.02)

13-11-2002

Ed Fagan reicht Klagen gegen drei weitere Schweizer Unternehmen ein: Holcim (in Michigan), Ems-Patvag (in South Carolina), Unaxis (in Florida)

(Tages-Anzeiger, 12.11.02)

13-11-2002

Hintergrundtext in der HandelsZeitung: „Banken bauen Schutzwall“

Die Banken hätten aus den Holocaust-Klagen gelernt. Sie nähmen die „Klagen ernst“ (UBS-CEO Wuffli), „sehr ernst“ (CS).

Seit 1999 bestehe bei der UBS eine interne Taskforce, die sich mit dem Problem Südafrika beschäftige. Die UBS arbeite in dieser Frage auch mit renommierten amerikanischen Anwaltskanzleien zusammen. Auch die CS habe seit längerer Zeit eine Task Force, zusammengesetzt aus Juristen, Historikern, Kommunikationsexperten und Bankern. „Wir sind auf die Klagen gut vorbereitet“, sagt Andreas Hildenbrand (CS). „Unsere Haltung ist klar: Es gibt keine Grundlagen für die Klagen, weder faktisch noch rechtlich.“ Seit längerem habe die CS begonnen, die Geschichte der Bank in Südafrika aufzuarbeiten.

Zudem haben sich die Banken, zusammen mit anderen beklagten Unternehmen in einer Arbeitsgruppe der Economiesuisse zusammengeschlossen (Leiter: Thomas Pletscher), die in Kontakt steht mit dem Bund und den Schwesterverbänden im Ausland.

Eine zentrale Rolle im Hintergrund spiele der Bund. Er habe das Unheil schon vor drei Jahren kommen sehen und seit Mai 2000 gibt es die von Jacques de Watteville geleitete Arbeitsgruppe mit der Aufgabe, die Bundesaktivitäten zu koordinieren und die Parlamentarier mit Argumenten zu bedienen (etwa gegen die Initiative Hollenstein). Daneben gibt es einen zweiten Arbeitskreis, in dem sich Vertreter der Banken, der Economiesuisse und des Bundes sich vier-bis sechsmal pro Jahr treffen und sich über mögliche Strategien austauschen. EDA-Vertreter Martin Tschirren wird zudem des Öfters zu Treffen des Arbeitskreises von Economiesuisse eingeladen. Das EDA ist auch auf internationalem Parkett aktiv geworden, v.a. in Südafrika; eine äusserst intensive Besucherdiplomatie finde statt.

Ziel des Bundes: Man wolle unbedingt verhindern, dass die Klagen zu einem Fall Schweiz werden, sagt EDA-Sprecherin Daniela Stoffel.

Ratschläge von Thomas Borer: Ziel müsse es sein, „die USA und Südafrika zu einer Distanzierung zu bringen“. Zusammenhalten und mit anderen Ländern zusammenarbeiten, empfiehlt Borer.

(HandelsZeitung, 13.11.02)

14-11-2002

Radio DRS, Echo der Zeit:

Frage an Co-Chef der CS, Oswald Grübel:

Wir wissen ja auch seit wenigen Tagen, dass neue Probleme nicht nur, aber auch auf die Credit Suisse Group zukommen - ich spreche die Klagen an aus Südafrika. Die Apartheidopfer wollen auch gegen die CS klagen. Wie sehen Sie dem entgegen?

Oswald Grübel: „Ich sehe die Klage betreffend Südafrika nicht als ein Problem der Credit Suisse, weil insgesamt sind ca. 80 Unternehmen weltweit angeklagt worden, und ich glaube, das ist ein politisches Problem, und es müssen meiner Ansicht nach die Regierungen miteinander sprechen und die Unternehmen, in deren Länder die Unternehmen angesiedelt sind und versuchen, eine Lösung zu finden. Aber ich kann nicht sehen, von dem was im Moment vorliegt, dass wir irgendwie involviert werden können in eine Schuldfrage.“

(Radio DRS, Echo der Zeit, 14.11.02)

14-11-2002

Über 50 namhafte US-Unternehmen (darunter Pfizer, Exxon, IBM und Ford) beraten in Washington über das weitere Vorgehen bezüglich der Apartheidklagen sowie anderen „Menschenrechtsklagen,, gegen multinationale Konzerne in den USA, wie die NZZ am Sonntag am 6.12.02 berichtet.

Im Visier haben sie den Alien Tort Claims Act. Die Hauptrede hält Stuart E. Eizenstat, der in den 90er Jahren als Sonderbeauftragter Clintons die Verhandlungen zwischen jüdischen Sammelklägern und Schweizer Banken geleitet hatte. Heute arbeitet er als Partner der Washingtoner Anwaltskanzlei Covington&Burling, zu deren Klienten auch die UBS gehört. Sie sei als „Weckruf,, gedacht, sagt Eizenstat, denn die Menschenrechtsklagen könnten zu sehr kostspieligen Urteilen führen, die amerikanische Wirtschaft bedrohen, gar die Fundamente des Welthandels erschüttern.

(NZZ am Sonntag, 8.12.02)

17-11-2002

Archbishops calls for Marshall Plan in place of apartheid lawsuit

SA's two Anglican archbishops (Desmond Tutu und Njongonkulu Ndungane) have urged foreign companies that profited from apartheid to set up a voluntary Marshall-style aid plan for the reconstruction of the country.

The clerics were reacting to comments by former president FW de Klerk, who said the lawsuits would harm foreign investment and Nepad.

Both leaders strongly defended the right of apartheid victims to enter litigation, as this was a last resort after their calls for voluntary compensation „fell on deaf ears,,.

De Klerk told a gathering of the American Chamber of Commerce that for Nepad to be a success, the court case should not be pursued.

He warned that a finding against banks and other firms would set a precedent for international litigation that would soon cripple the ability of companies to do business anywhere. „Cases will then be made against banks that have granted loans to many countries throughout the world that, one time or another, have been accused of serious human rights violations,, he said.

(Sunday Independent, 17.11.02)

21-11-2002

Interview mit Frederik Willem de Klerk in der Weltwoche - unter dem Titel „ Die Banken haben kein Unrecht getan“:

De Klerk: „Ich halte sie ((die Klagen)) für absolut ungerechtfertigt. Die Schweizer Banken sollten die Klagen energisch anfechten, denn sie haben kein Unrecht getan. Die betroffenen Banken unterstützten die Apartheid nicht. Sie taten einfach ihre Arbeit, liehen Geld aus und nahmen dafür Zinsen ein. So generierten sie wirtschaftliche Aktivitäten, schufen Arbeitsplätze und halfen mit, eine Infrastruktur aufzubauen, von der alle Südafrikaner profitierten, unabhängig von ihrer Rasse oder Hautfarbe. (...). Nicht Sanktionen und der Rückzug aus der südafrikanischen Wirtschaft führten zum Zusammenbruch der Apartheid, sondern vor allem das schnelle wirtschaftliche Wachstum und die gesellschaftliche Entwicklung, hauptsächlich in den sechziger und siebziger Jahren. Dies wurde zum Teil auch dank dem internationalen Handel und den ausländischen Investitionen erreicht. (...). Immer mehr schwarze Südafrikaner wurden dadurch in die Wirtschaft integriert, immer mehr Schwarze zogen vom Land in die angeblich weissen Städte, und immer mehr Schwarze arbeiteten auf immer höheren Hierarchiestufen. Gleichzeitig passten sich immer mehr weisse Südafrikaner den zeitgemässen Wertvorstellungen der Ersten Welt an. Wie in vielen Gesellschaften auf der ganzen Welt und durch die ganze Geschichte führten wirtschaftliche Verhältnisse, die sich änderten, zu neuen gesellschaftlichen Verhältnissen. So geriet schliesslich auch die überholte Verfassung unter unausweichlichen Druck. Die ausländischen Firmen, die in Südafrika vor 1994 tätig waren, spielten in dieser Hinsicht eine positive Rolle und halfen mit, diesen gesellschaftlichen Wandel und die soziale Entwicklung zu fördern. (...). Das Umschuldungsabkommen war keine wohlthätige Geste der Schweizer Banken für die südafrikanische Regierung. Es war ein sehr hartes Abkommen, das sicherstellte, dass die ausländischen Banken alles Geld zurückbekamen, das wir ihnen schuldeten. (...). Obschon sie (die Klagen) wenig Substanz haben und kaum erfolgreich sein werden, haben sie das Potenzial, grossen Schaden anzurichten. Um es deutlich zu sagen: Die Klagen könnten ein Chaos verursachen. Sollten die Gerichte in diesem Fall je gegen die Banken befinden, würden sie den Weg für internationale Prozesse frei machen, die die Möglichkeit von Firmen einschränken werden, überall auf der Welt Geschäfte zu machen. Internationale Banken und Firmen könnten deswegen noch zurückhaltender sein, Geschäfte mit Ländern zu machen, in denen keine perfekte Menschenrechtsslage herrscht - und das ist bedauerlicherweise in fast allen afrikanischen Ländern der Fall, Südafrika ausgenommen. Die Klagen könnten auch unrealistische Erwartungen bei Tausenden, vielleicht sogar Hunderttausenden von schwarzen Südafrikanern wecken. Das könnte Feindseligkeiten auftrieb geben, die wir seit 1990 erfolgreich bekämpfen. (...).“

(Weltwoche, 21.11.02)

21-11-2002

Apartheid Debt&Reparations Campaign responds to FW de Klerk (Media Statement): „Mr de Klerk’s acknowledgment that Swiss banks actively contributed to the growth of the apartheid economy reinforces our claim against the banks to repair the social damage they made possible. It is unfortunate, but comes as no surprise, that Mr de Klerk actively supports the banks that provided a lifeline to the apartheid regime, but does not seem to have much concern for healing the victims of apartheid.“

Jubilee SA calls on Mr de Klerk to back up his comments by supporting the call for the banks' archives to be opened so that the truth can be known."  
(Media statement Apartheid Debt&Reparations Campaign, 21.11.02)

21-11-2002

Jubilee South Africa and Khulumani Support Group: Press Statement:

Watch out, de Klerk!

„Jubilee and Khulumani want to issue a warning to FW de Klerk that, if he continues to apologise for apartheid and support those who have benefited and still benefit from apartheid, our organisations will be left with no option but to put his role in perpetrating apartheid crimes back in the spotlight.

Last week, De Klerk suggested that support for the claim (...) will impede foreign investment in South Africa and hamper the progress to the New Partnership for Africa's Development (Nepad). Today, it has come to light that de Klerk has given open support to the Swiss banks and asked them to oppose and resist the case before the US courts. He has asserted that, far from prolonging the life of apartheid, the loans made to the apartheid regime strengthened the economy and helped the regime to create the conditions for change. But, in so doing, he is confirming that these banks and companies played a major role in supporting the apartheid regime. The money from the Swiss banks was used to bolster the bantustan governments and the military, in other words the system despised and condemned by the South African majority and the international community, and the violent means to impose that system on the people of our country. The loans further contributed to the immensely destructive impact of apartheid on the Southern African region.

Indeed, de Klerk is also telling us that the loans and support from the Swiss and other banks and companies afforded his regime undue power in the negotiations process. Subsequently, resources that should have been used to uplift the people of our country have been and are being put aside to pay the apartheid debt. These banks are thus not only continuing to benefit from their support of apartheid, but, in so doing, are perpetuating their crime by continuing to support the impoverishment of the majority of South Africans.

It is our contention that the banks and companies must first make an acknowledgment of their liability and then go further to make compensation to the people of South Africa and the southern African region. The court case has been filed because they have, to date, steadfastly refused to do so.

Up till now, Jubilee and Khulumani are demanding reparations from the foreign banks and companies that are known to have supported the apartheid with money and war materials. We have not included De Klerk and others in South Africa because of our respect for the TRC process and the rationale behind it.

But, we want to remind De Klerk that he, along with PW Botha and their predecessors, are the primary perpetrators of the crimes of apartheid. Moreover, we have certainly not forgotten the complicity of South African banks and corporations in this regard.

If De Klerk continues to enter the public domain as an apologist of apartheid criminality, he will force us to pay attention to him and add him to the list of those from whom we are demanding redress.“

(Jubilee South Africa and Khulumani Support Group: Press Statement, 21.11.02)

22-11-2002

Mangosuthu Gatscha Buthelezi has come out in support of FW de Klerk, who has been slammed by other political leaders and activists for advising the Swiss banks to fight the apartheid class action lawsuits that have been filed against them.

Buthelezi:

„During the days of apartheid my stance was well known against the use of sanctions. I personally went to talk to the banks about investing in South Africa to create jobs. Now I cannot turn around and tell the same people I asked to invest in South Africa, not to fight the court action.“

(Quelle nicht angegeben, wahrscheinlich Sapa, 22.11.02)

22-11-2002

John Ncbebetsha, lawyer for the Apartheid Claims Taskforce which brought the Ntsebeza-class action in June:

„What we became aware is that the Swiss banks immediately after we had filed against them, hired a PR agency to deal with the adverse publicity that they would suffer. De Klerk is the obvious candidate to deal with the PR... as he had been the chief facilitator of apartheid.“

(Quelle nicht angegeben, wahrscheinlich Sapa, 22.11.02)

27-11-2002

Media Statement Apartheid Debt & Reparations Campaign - Jubilee South Africa:

Jubilee SA responds to reported comments by Cabinet Ministers:

„In response to widely reported comments attributed to the Minister of Finance and the Minister of Justice that the South African government ‚would not back apartheid reparations claims because they would harm attempts to woo foreign investment‘, Jubilee SA said in a statement issued today:

‚In all our discussions with South African government ministries it is clear that the position of the South African government is neither to oppose nor to actively support the reparations lawsuits, since citizens have an undeniable right to legal recourse.

The rule of international human rights law must be upheld.

It is apparent that the comments attributed to the Ministers are therefore inaccurate.

The reports should neither be seen as a change of the South African governments' position nor interpreted as an indication that the government opposes calls on banks and businesses that propped up the apartheid regime to repair the social damage that their apartheid profiteering made possible.

The reports asserted that individual compensation for apartheid victims will be insufficient to undo the damage done by apartheid. Jubilee SA and its campaign partners agree. We have consistently called for reparation that includes:

>an acknowledgment that profiting from the apartheid crime against humanity was wrong;

>financial backing for broad social programmes for the reconstruction and development of the most damaged communities;

>individual compensation for victims who suffer persistently debilitating damage;

>unconditional cancellation of any outstanding apartheid debt repayments;

>other indirect forms of reparation such as increased investments in affected communities, interest-free loans, and preferential terms of international trade that benefit the poor.‘

(Media Statement Apartheid Debt & Reparations Campaign - Jubilee South Africa, 27.11.02)

12-2002

Drei der Apartheid-Sammelklagen, die von Ed Fagan in New York und New Jersey eingereicht wurden, werden zusammengelegt - entschied das Multi District Litigation Panel (MDL). Sie werden vor Richter Richard Casey im südlichen Bundesbezirksgericht von New York behandelt werden. Die Khulumani-Klage (Hausfeld) wird vorerst weiterhin separat behandelt. (SDA, 15.1.2003)

2-12-2002

Fragestunde Nationalrat.

Nils De Dardel (SP/GE):

„Le Conseil fédéral est prié d'indiquer s'il apporte une aide politique, diplomatique et logistique aux entreprises suisses contre lesquelles des demandes judiciaires ont été déposées aux Etats Unis concernant leur coopération économique avec l'Afrique du Sud de l'apartheid. Combien de réunions de travail ont eu lieu entre les groupes de travail du DFAE et du Seco et des représentants de l'économie suisse à ce sujet? Des réunions analogues ont-elles eu lieu avec les représentants suisses favorables à des réparations en faveur des victimes de l'apartheid et, si oui, avec quelles organisations exactement?“

Antwort:

„Le DFAE préside un groupe de travail interdépartemental et un groupe de contact avec des représentants du secteur privé, qui suivent les développements relatifs à la campagne „Jubilee South Africa“ et traitent des questions relatives à nos relations avec l'Afrique du Sud dans ce contexte. Ce faisant, le Conseil fédéral prend cette question au sérieux et suit ce dossier de près. Il entend notamment préserver d'éventuelles répercussions négatives les relations par ailleurs excellentes entre l'Afrique du Sud et la Suisse, et sauvegarder les intérêts légitimes de l'économie suisse.

La première réunion du groupe de contact a eu lieu en juillet 2000 à la demande des milieux économiques. Jusqu'à ce jour, il s'est réuni 9 fois (don't 5 fois en 2002). En outre, le Conseil fédéral et les responsables dans l'administration en charge du dossier maintiennent des contacts avec tous les acteurs intéressés: parlementaires, représentants de partis politiques, presse, ONG, représentants des églises etc. Il arrive dans ce contexte que des offres de contacts restent sans réponse.“

(Question 02.5213. De Dardel: Procédures judiciaires aux Etats-Unis contre les entreprises avec le régime sud-africain de l'apartheid. 2. 12. 02)

2-12-2002

Fragestunde Nationalrat

Pia Hollenstein (GP/SG):

„In ihren Stellungnahmen zu den Klagen von Apartheidopfern in den USA haben Vertreter der CS-Group (Oswald Grübel, Co-Chef Credit Suisse Group im Radio DRS/Echo der Zeit vom 14.11.02; Andreas Hildenbrand, CS-Sprecher, gegenüber der SDA/St.Galler Tagblatt vom 13.11.02) verlangt, dass Regierungen und Unternehmen in Sachen dieser Klagen miteinander sprechen. Dialoge über Unklarheiten müssten von den zuständigen Gremien auf politischer Ebene geführt werden, namentlich dem EDA. Was ist die Haltung des Bundesrates zu diesem Vorschlag? Warum stellt sich die Schweizer Regierung nicht auf dieselbe Position wie die südafrikanische Regierung? Letztere betont, dass es das Recht all ihrer

Bürgerinnen und Bürger sei, sich an solchen Klagen zu beteiligen, und dass sie sich da nicht einmische.“

Antwort:

„Il existe depuis deux ans un groupe de contact entre les milieux économiques et l'administration fédérale, qui suit les développements de la campagne entamée par „Jubilee South Africa“ et traite les questions relatives à nos relations avec l'Afrique du Sud dans ce contexte.

Les représentants des banques en particulier ont relevé que les plaintes de victimes de l'apartheid renvoient à une question fondamentale, qui va au-delà des relations de la Suisse avec l'Afrique du Sud pendant l'apartheid: quelles relations économiques peut-on entretenir avec des pays qui ne respectent pas le droit international et les droits de l'homme?

Le Conseil fédéral a déjà abordé cette question dans sa prise de position du 26 juin 2002. Il avait alors précisé que de telles plaintes ne sauraient apporter de réponse à cette question précise.

Selon la presse sudafricaine de la semaine passée, le gouvernement sudafricain a décidé de ne pas soutenir, ni de rejeter les poursuites judiciaires lancées aux Etats-Unis. Penuell Maduna, ministre de la Justice, a indiqué que le gouvernement ne soutenait pas les demandes de réparations individuelles et qu'il était dans l'intérêt du pays que les entreprises étrangères continuent d'y investir, ce qui bénéficierait à toute la population. Par ailleurs, certains représentants du gouvernement sudafricain se seraient antérieurement distancé de ces plaintes et d'autres auraient déclaré que tout citoyen et citoyenne sud-africain était en droit de s'associer à de telles plaintes.“

5-12-2002

Statement on Cabinet Meeting (excerpt):

„Cabinet reiterated its recognition of the right of all citizens to undertake legal action on any matter. Government however is not party to this litigation; and it neither supports nor opposes it.“

15-12-2002

MDL-Panel entscheidet, dass alle Apartheidklagen vor Richter Casey, Southern District of New York, kommen.

Michael Hausfeld rekurriert gegen den Entscheid.

## **2003**

1-2003

International Apartheid Debt and Reparations Campaign: Declaration

Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika:  
Erklärung

**vollständige Dokumente bei der AFP erhältlich**

1-2003

Hausfeld eingeladen. Michael Hausfeld hätte im Februar in Zürich vor der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer ein Referat zum Thema „Being sued in the USA“ halten sollen. Doch der Anlass wird kurzerhand aus dem Programm gekippt. Walter H. Diggelmann, Direktor der Handelskammer: „Wir waren mit Michael Hausfeld im Gespräch, haben dann aber die Sache nicht weiter verfolgt, weil es sich

bei Michael Hausfeld um eine hoch kontroverse Person handelt. Ein solcher Anlass wäre wahrscheinlich von der Schweizer Wirtschaft wenig verstanden worden.“  
(NZZ am Sonntag, 19.1.03)

15-1-2003

Richter Richard Casey gibt den Fall (Fagan/Ntsebeza-Sammelklagen) ab. Er macht einen Interessenkonflikt geltend, da er grössere Aktienpakete von einer oder mehreren der beklagten Firmen besitze. Eine solche Dispensierung ist gemäss dem richterlichen Ethik-Kodex im Fall von finanziellen Eigeninteressen vorgeschrieben. Caseys Rückzug bewirkt eine weitere Verzögerung.  
(NZZ, 16.1.03)

22-1-2003

Multi-District Litigation Panel (MDL)-Entscheid bezügl. Fagan/Ntsebeza-Klagen: Der Fall wird dem New Yorker Richter John E. Sprizzo übertragen. Sprizzo gilt als konservativ.

(SonntagsZeitung, 26.1.03)

Das MDL entscheidet am 22.1.03 auch, dass die Khulumani-Klage an den Southern District Court (zu Richter Sprizzo) transferiert wird. Die Anwälte appellieren dagegen.

21-2-2003

Antrag Michael Hausfelds um getrennte Behandlung der Khulumani- und der Fagan-Klagen

(NZZ am Sonntag, 23.2.03)

3-2003

Apartheidklagen und Schweizer Kirchen

Ähnlich wie die Schweizer Wirtschaft und Regierung betonen die Kirchenvertreter jetzt, die Klagen hätten den Handlungsspielraum massiv eingeschränkt. Sie blockierten das versöhnliche Bemühen, die Geschichte aufzuarbeiten, sagt Antonio Hautle, Direktor Fastenopfer. Kirchenbund und Bischofskonferenz werden auch nicht bei Parlamentariern lobbyieren für ein Ja zur Initiative Hollenstein.

Kirchenbund wie Bischofskonferenz tun sich seit Einreichung der Klagen auch schwer damit, ihre Positionen zur Entschädigung neu zu definieren. Es scheint, dass dabei beide - wie bei der Frage der historischen Aufarbeitung - hinter ihre noch 2001 vertretenen Positionen zurückfallen.

Christoph Stückelberger, Zentralsekretär von Brot für Alle, schwebt eine Art dritter Weg zwischen Nichtstun und der Unterstützung der Klagen vor. Er vertritt immer noch die Ansicht, dass sich mit einem „Dialog“ etwas erreichen liesse. Und zwar auf zwei Ebenen: Erstens soll BfA die Schweizer Wirtschaft und Regierung „herausfordern“, vermehrt in Südafrika zu investieren. Denn dort habe seit der Aufhebung der Apartheid „eine dramatische Desinvestitionen stattgefunden, und ein zunehmendes Desinteresse“. Vorerst müsse man national beginnen, dann könnte er sich eine internationale Investitionskonferenz vorstellen. Zweitens findet es auch Stückelberger notwendig, „Zeichen gegenüber den Opfern der Apartheid zu setzen“. Vordringlich erscheint ihm, dass jene 21'000 Menschen Entschädigungszahlungen erhalten, die von der TRC identifiziert worden sind und seit Jahren auf dieses Geld warten. Die 500'000 Franken, welche die Schweiz in den dafür vorgesehenen President's Fund eingezahlt hat, sind für Stückelberger ungenügend. „Da müssen mehr Mittel hinein. Das wäre ein sichtbares Zeichen.“ Neben dem Bund sollen sich

auch Banken und Unternehmen an diesen Kosten beteiligen - ebenso wie andere ausländische sowie südafrikanische Firmen und der südafrikanische Staat. Bereits im Oktober 2002 hat sich Stückelberger zusammen mit Antonio Hautle „bewusst ohne Mandat“ mit Vertretern der UBS und der CS je zu einem Gespräch getroffen. Es sei darum gegangen, den „Verhandlungsspielraum“ auszuloten. Die Banken seien dabei allerdings wegen der Klagen „sehr auf der Bremse gestanden“. Das weitere Vorgehen spricht Stückelberger jetzt mit den südafrikanischen Partnerkirchen, dem Kirchenbund und dem Heks ab.  
(Tages-Anzeiger, 3.3.03)

13-3-2003

Apartheidklagen und Geschichtsaufarbeitung: Initiative Hollenstein gefährdet. Die bürgerlichen Parlamentarier, die die Initiative bei der Einreichung noch unterstützten, haben ihre Position geändert. Doris Leuthard, CVP: Die Apartheidklagen hätten die Ausgangslage verändert: „Es wäre gefährlich, die Archive zu öffnen und damit den Anwälten der Kläger Argumente zugänglich zu machen.“ Zudem habe inzwischen eine der beiden Schweizer Grossbanken die Absicht geäußert, sich bei Entwicklungsprojekten in Südafrika zu engagieren und so zu einer besseren Zukunft des Landes beizutragen. „Diese Entwicklung möchte ich nicht gefährden.“ Leuthard wollte nicht sagen, ob es sich dabei um die UBS oder die CS handle.  
(WoZ, 13.3.03)

14-3-03

Der südafrikanische Kardinal Wilfrid Napier besucht die Schweiz und spricht sich für die Klagen aus.  
(Tages-Anzeiger, 15.3.2003)

31-3 bis 1-4-2003

Strategieseminar der internationalen Apartheidschulden und Entschädigungskampagne in Frankfurt. VertreterInnen der Kampagne aus Südafrika, Grossbritannien, Belgien, Holland, Deutschland und der Schweiz sowie die Anwälte.

4-4-2003

Medienstatement des Bergbaukonzerns Anglo-American auf Berichte, dass gegen ihn in den USA eine Klage eingereicht worden sei (von Fagan & Co.): it „strongly rejected“ these attempts.  
„Anglo American believes that the question of whether reparations to individuals is an appropriate or effective way to assist in the rebuilding of South Africa is a matter to be resolved through South Africa’s democratic processes - including, if necessary, its courts - as part of South Africa’s ongoing broad efforts to bring about reconciliation and reconstruction after apartheid. The company has already made extensive contributions to the process of reconciliation and reconstruction that is underway in South Africa, including active partnership with South Africa’s many governmental and non-governmental initiatives to redress the effects of apartheid.“  
(Sapa, 4.4.03)

9-4-2003

Apartheid Reparation Lawsuits against South African Corporations are untimely: Media Statement of the Apartheid Debt&Reparations Campaign - Jubilee South Africa

„(...). After thorough consultation over the past two years, the apartheid debt and reparations campaign believes that a different approach is required to encourage South African corporations, as compared to foreign corporations, to repair the persistent social and individual damage done by apartheid. (...) the corporations should at this stage be engaged through processes of national dialogue in the framework of the Truth and Reconciliation Commission (TRC) recommendations for reparation, rather than in courts. (...).

While there are legal grounds for reparations claims, court proceedings should be a last resort only if business fails to respond adequately to a process of dialogue about their liability for apartheid reparation, as was the case with the foreign corporations. Recognising that South African corporations have to date not made significant contributions to reparations funds, we urge the corporations to engage with the victims of apartheid in whose name lawsuits have been filed, through their representative organisations, including the Khulumani Support Group and Jubilee South Africa, on how they can contribute to apartheid reparation.(...).“

(Apartheid Debt&Reparations Campaign - Jubilee South Africa. Media Statement, 9.4.03)

10-4-2003

Statement issued by Anglican Archbishop Njongonkulu Ndungane, concerning apartheid reparations from SA and foreign corporations:

„It is time for the matter of apartheid reparation by South African and foreign corporations to be resolved through a process of dialogue rather than in court. (...). (...), we must all recognise that legal complaints are simply formal mechanisms to lodge a grievance. These grievances can be taken up and resolved without costly and extended court proceedings.

I believe that it is possible, through a process of dialogue in South Africa, to settle the matter of reparation by South African corporations without it having to be decided by American courts. I therefore urge South African corporations to enter into dialogue with victims of human rights violations through their organisations and representatives to have this matter settled. (...). Similarly, I am convinced that multinational banks and businesses that originate in other countries should equally approach the apartheid reparations claimant groups so as to discuss an appropriate resolution to this matter. In the interests of truth, justice and reconciliation, I express my willingness and commitment to work towards the resolution of the matter of apartheid reparations in the best possible manner (...).“

(Statement Njongonkulu Ndungane, 10.4.03)

15-4-2003

In seiner Rede zur Eröffnung der Parlamentsdebatte über den Schlussbericht der Wahrheitskommission nimmt Thabo Mbeki im Namen der südafrikanischen Regierung auch zu den Apartheidklagen Stellung:

„In the recent past, the issue of litigation and civil suits against corporations that benefited from the apartheid system has sharply arisen. In this regard, we wish to reiterate that the South African Government is not and will not be party to such litigation. In addition, we consider it completely unacceptable that matters that are central to the future of our country should be adjudicated in foreign courts which bear no responsibility for the well-being of our country and the observance of the perspective contained in our constitution of the promotion of national reconciliation. While Government recognises the right of citizens to institute legal action, its own approach is informed by the desire to involve all South Africans, including corporate

citizens, in a co-operative and voluntary partnership to reconstruct and develop South African society. Accordingly, we do not believe that it would be correct for us to impose the once-off wealth tax on corporations proposed by the TRC. (...)“  
(Statement to the National Houses of Parliament and the Nation at the tabling of the Report of the Truth and Reconciliation Commission, 15. 4.03)

Der Minister für Handel und Industrie, Alec Erwin, während der Debatte:  
He said it was abuse to use the „unsound“ law of another country to undermine South Africa's sovereign right to settle its past and build a future as it saw fit.  
„The government rejects the actions of legal practitioners in the USA to exploit our history and will not allow any judgment made in the USA or elsewhere to be carried out in South Africa.“  
(Sapa, 15.4.03)

16-4-2003

Press release Jubilee South Africa and Khulumani in reaction to the SA parliament response to the Final Report of the TRC:

„(...).

We note with concern the gigantic retreat taken by our President today in his conclusion of the work of the TRC. (...).

Our current civil suits target foreign corporations. To the local corporations within the borders of our country we say: we would not prefer to deal with you in a court of law whether it be a foreign or a local court. Our preference is to call on you to use this moment so the purpose of opening up a meaningful dialogue with our organisations in achieving the following outcomes:

>acknowledgment of guilt

>devising public processes of redress

>searching for human rights driven process of investment

>reconstructing economic alternatives in South Africa whose aim is to invert the process of redistribution to make it flow from the rich to the poor

>constructing models of bringing immediate relief to the pressure of poverty on our people as the basis of ensuring a process of eradicating poverty.

5. To this end, Khulumani Support Group and Jubilee South Africa are convoking a national conference at a date and venue to be announced soon in order to allow the ordinary citizens of our land concretely to prepare an alternative position on reparations based on the stand we have taken in relation to foreign corporations.

That specifically applies to South African corporations. This conference will (...) designate a process of social mobilisation and political intervention that will not exclude the taking of South African companies to court if they are unwilling to address our platform. (...).“

(Press release issued by the National Executive Committees of Jubilee South Africa and Khulumani Support Group, 16.4.03)

16-4-2003

Der Bundesrat beschliesst, die Akteneinsicht im Bundesarchiv „vorübergehend“ zu „unterbinden“

Auszüge aus dem Pressecommuniqué des Finanzdepartements:

„(...). Zu diesem Schritt sah sich der Bundesrat an seiner gestrigen Sitzung gezwungen: Angesichts der in den USA eingereichten Sammelklagen gegen in- und ausländische Firmen, welche während der Apartheid-Zeit geschäftliche Beziehungen zu Südafrika unterhielten, würde nämlich die bisher praktizierte freie Akteneinsicht

die Gefahr bergen, die Stellung der eingeklagten Schweizer Firmen gegenüber mitbetroffenen ausländischen Firmen im Rahmen der Sammelklagen zu verschlechtern(...). In der Güterabwägung zwischen der möglichst breiten Abstützung von Forschungsergebnissen einerseits und gleich langen Spiessen in internationalen Rechtsverfahren andererseits hat sich der Bundesrat für den Schutz der Rechtsgleichheit von schweizerischen und ausländischen Verfahrensparteien entschieden. (...).

Der Bundesrat will den Zugang ausdrücklich nur befristet einschränken und periodisch überprüfen, ob die Rahmenbedingungen wieder eine breitere Öffnung der Archive ermöglichen. (...).“

(Eidgenössisches Finanzdepartement EFD, 17.4.03)

3-5-2003

Aktensperre: Scharfer Protestbrief der Vereinigung der Schweizer Historiker an den Bundesrat:

Die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SSG) kritisiert den Entscheid als „massiven Eingriff in das Grundrecht der Forschungsfreiheit“.

(Tages-Anzeiger, 3.5.03)

10-5-2003

Statement by Archbishop Njongonkulu Ndungane, following a meeting with the litigants in the case involving SA corporations and victims of human rights violations under apartheid at Bishopscourt, Cape Town:

„This morning I had the first informal meeting with representatives of Jubilee 2000, the Khulumani Group, The Apartheid Debt and Reparations Campaign, the Apartheid Claims Task Force, Mokoena attorneys and the SACC. The principle of dialogue rather than litigation was discussed and all groups are agreed that dialogue is the preferred course of action. The courts should be a last resort. (...).

My intention is to pursue that course through dialogue and a way forward acceptable to all parties. What I do not want is the adverse publicity for our country that will result if we hang our dirty linen out in international forums. It is an absolute necessity for all the parties to come to the table. From what I heard from the claimants today it is imperative for me to seek a meeting with the business community and government to share what the claimants are saying. I believe they too will agree on the importance of dialogue.(...).“

(Statement Ndungane, 10.5.03)

19-5-2003

Anhörung im Fall der Fagan/Ntsebeza-Klagen durch Richter John E. Sprizzo

Die Anwälte der Schweizer Firma Sulzer tragen ihre Argumente für eine Abweisung der Klage gegen den Konzern vor. Sprizzo trifft noch keine Entscheidung.

Etliche Beklagte, darunter UBS und Nestlé, drängen auf ein beschleunigtes Verfahren. Sprizzo entscheidet, dass die Parteien ihre Argumente im Sommer schriftlich einreichen sollen. Am 6. November soll dann bei einer Gerichtsanhörung ein erstes Mal materiell darüber diskutiert werden, ob die Fagan/Ntsebeza-Klage zulässig ist oder abgewiesen werden soll.

(TA, 20.und 21. 5.03)

6-2003

In an interview with the South African newspaper „The Sunday Independent“, South Africa's justice minister Penuell Maduna disclosed that the big corporations against which complaints have been filed in US courts had pledged to make community reparations in return for state support to squash the claims.

„Business has been talking to us with their lawyers“, Maduna said in that interview in June 2003. „They said they are willing to work with us in order to convince American courts that as South Africans we can find workable and less destructive solutions.“

Maduna said foreign and local companies had warned the government that the lawsuits could result in massive job losses.

(Sunday Independent, 27.7.03)

4-6-2003

Referat von John Kane-Berman, Leiter des südafrikanischen Race Relations Institute, vor der Swiss-South African Association in Zürich:

„(...). Die Anklage in diesen Verfahren ist äusserst dünn, die Wahrscheinlichkeit, dass sie vor Gericht Erfolg haben, sehr klein.“

Kane-Berman warnt die Beklagten davor, einen aussergerichtlichen Vergleich einzugehen: „Jede Reparationszahlung würde als ein Schuldbekenntnis interpretiert werden und dem Ruf der betroffenen Unternehmen schwer schaden.“

Die Sammelklagen stützten sich viel zu stark auf die einseitigen Berichte der Truth and Reconciliation Commission, so Berman. Ob einzelne Unternehmer für oder gegen die Rassentrennung gewesen seien, sie alle hätten durch ihre Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zum zwingenden Kollaps der Rassentrennung beigetragen. Weder Schweizer Banken noch andere Konzerne hätten das Apartheid-System vor dem Zusammenbruch gerettet: „Die Apartheid war schon in den Achtzigerjahren nicht mehr zu retten, das hat mein Institut schon damals öffentlich klargestellt.“ Stattdessen sollten Unternehmen, die trotz massivem internationalem Druck in Südafrika aktiv blieben, heute stolz darauf sein, dass sie zum Aufbau der stärksten Wirtschaft und Infrastruktur Afrikas beigetragen hätten.

(Tages-Anzeiger, 5.6.2004)

11-6-2003

NZZ-Bericht über Mbeki-Besuch: Südafrika lehnt Sammelklagen ab. Gespräch mit dem südafrikanischen Präsidenten Mbeki

„Der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki hat anlässlich seines Staatsbesuchs am Dienstag in Bern deutlich zu verstehen gegeben, dass sein Land die Sammelklagen in den USA gegen die während der Apartheidzeit in Südafrika tätigen Unternehmen ablehnt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundespräsident Couchepin und einem anschliessenden Gespräch mit der NZZ erklärte Mbeki, dass Südafrika betreffende Angelegenheiten nicht von einem Gericht in einem Drittland entschieden werden könnten. Südafrika werde seine Vergangenheit selbst aufarbeiten und habe mit der Truth and Reconciliation Commission den dazu notwendigen Mechanismus geschaffen. Es sei zudem wichtig, dass sich Südafrika vor allem auf die Gestaltung seiner Zukunft und nicht einseitig auf die Aufarbeitung der Vergangenheit konzentriere. Sein Land wolle nicht den Weg der Bestrafung, sondern des Aufbaus gehen, betonte Mbeki in dem Gespräch mit der NZZ. Dabei sollen ausländische Unternehmen mithelfen. Auf die Frage, ob ausländische Unternehmen denn eine Verantwortung für das während der Apartheidzeit geschehene Unrecht tragen, erklärte der südafrikanische Präsident, den betreffenden Unternehmen sei bewusst, welche Bedingungen damals herrschten. Kein grösseres Unternehmen habe diese

Tatsachen bisher bestritten. Die Unternehmen seien gleichzeitig auch bereit gewesen, einen Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit zu leisten. In der Schweiz sei 2001 ein Trust Fund gebildet worden, über den die Hilfeleistungen kanalisiert werden. Auf die Frage, ob Schweizer oder andere ausländische Unternehmen denn über die bisher geleisteten Beiträge hinaus weitere Zahlungen für die Rehabilitation des Landes und der betroffenen Menschen leisten sollten, antwortete Mbeki, dass jederzeit zusätzliche Mittel willkommen seien. Das bedeute jedoch kein Zwang zu weiteren Reparationszahlungen. (...),  
(NZZ, 11.6.2003)

12-6-2003

Medienmitteilung KEESA:

„Heute hat die Wochenzeitschrift Facts (12/6/03) einen erhellenden Artikel über behördliche Dokumente der achtziger Jahre veröffentlicht, die zeigen, wie bereitwillig die damaligen Schweizer Behörden die Wirkungslosigkeit des Kapitalexportplafonds gegenüber Südafrika geduldet, wenn nicht aktiv unterstützt haben, obwohl sie gegenüber der nationalen und internationalen Öffentlichkeit ein ganz anderes Bild vermittelt haben - bis heute. Der Artikel lässt vermuten, dass die Absprachen zwischen Behörden und Wirtschaft in Sachen wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Apartheid sehr viel weiter gingen als dies jemals von Seiten der Regierung zugegeben wurde. (...). Wir fragen uns, was die wirklichen Gründe für den Archiventscheid sind und ob es tatsächlich in erster Linie die US-Klagen sind. (...). Aufgrund des Facts-Artikels fragen wir uns, ob der Bundesrat mit dem Archivschliessungsbeschluss nicht nur allzu gerne den Pressionen der eingeklagten Banken und Unternehmen nachgegeben hat, um damit die doppelböckige Politik der Behörden - Kapitalexportplafonds als Alibi gegenüber der apartheid-kritischen Öffentlichkeit, geheime Absprachen über dessen Vermeidung mit der Wirtschaft - zu kaschieren.(...)“

(Medienmitteilung KEESA, 12.6.03)

13-6-2003

MDL-Panel entscheidet definitiv, die Khulumani-Klage an den Southern District of New York (Richter Sprizzo) zu transferieren. Die Anwälte Hausfeld/Abrahams hatten gegen den ersten Entscheid vom 22. Januar appelliert - vergeblich.

The transfer order states that the Khulumani case be transferred to the said District for inclusion in the coordinated or consolidated pre-trial proceedings occurring there. It is now up to the Judge, John E. Sprizzo, to decide whether to coordinate or consolidate all the cases.

(Transfer Order of the MDL Panel decision 13.6.03)

15-6-2003

Artikel Sunday Independent (Südafrika): Foreign lawsuits dehumanise apartheid victims, says Chikane

„Frank Chikane, the director general of President Thabo Mbeki's office, has slated 'interest groups' lighting civil lawsuits against multinationals in the United States for 'dehumanising' victims of apartheid-era gross human rights violations.

„I have seen victims being organised by interest groups who make them perpetual victims. They will never cease to be victims because they ((interest groups)) need victims to advance their cause. And I think it is a dehumanising act.'(...). His remarks coincide with yet another statement by Mbeki in Switzerland this week against foreign lawsuits (...). Chikane, who himself appealed for sanctions in the 1980s, played a key

role in synthesising the government's response to the TRC. This week he spoke openly about the effect his own painful experiences during apartheid had had on his views on reparations and reconciliation. He emphasises that he too was a victim, speaking 'as part of the victims'. (...) 'I make a vast difference between victims and interest groups. And we shouldn't try to equate specialist NGOs with victims because they are arguing on behalf of victims, when in fact they don't support them.' (...) 'You know there is this new concept of democracy that civil society understands more than democratically elected people', Chikane said, revealing his doubts about the role civil society plays in the post-apartheid era. 'Civil society is not elected by anybody... ((it is)) just interest groups which organise around particular issues.' He said there was no clarity on who would get the money if the law suits succeeded. 'So I really sympathise with the victims who are carried by what I call the special interest groups. They ((interest groups)) hire lawyers...who want to make money and they organise a few victims. They make them believe they will get money.' His rejection of the suits rested on the principle that 'we did not fight the liberation struggle with a view of paying revenge'. Chikane emphasised: 'I did not fight the struggle with the expectation that those who oppressed me will have to pay me for what they did. But somehow there are people who think South Africa must be an experiment. To deal with things that the world has not been able to deal with. Those of us who say we don't think that going to New York to set up a case there ((in order)) to challenge businesses here to lose money, and therefore to lose jobs... believe it is not the best way to compensate for the past, because you risk destroying the future.' (...)'.  
 (The Sunday Independent, 15.6.03)

16-6-2003

Vor dem Nationalrat räumt Finanzminister Villiger erstmals ein, dass der Bundesrat auch „Schadenersatzforderungen von Unternehmen, Banken und Bankkunden an den Bund“, befürchtet. Dass es entsprechende „Drohungen“, betroffener Firmen gegeben habe, stellt Villiger in Abrede.  
 (Tages-Anzeiger, 19.6.03)

20-6-2003

Nationalrat lehnt parlamentarische Initiative Hollenstein (01.460, Schweiz/Südafrika. Aufarbeitung der Beziehungen während den Jahren 1948-1994; eingereicht am 29.11.2001) mit 103 zu 67 Stimmen (null Enthaltungen) ab.  
 Die Mehrheit des Parlaments stellt sich zudem explizit hinter den Entscheid des BR, den Archivzugang „vorübergehend“ zu schliessen.  
 (NZZ online, 20.6.03)

11-7-2003

South Africa's Minister of Justice and Constitutional Development, Penuell Maduna, files an 9-page affidavit with the court in New York, addressed to Judge Sprizzo calling upon him to dismiss both the Fagan and Khulumani lawsuits.  
 „1. (...).  
 2. (...). It is the government's submission that as these proceedings interfere with a foreign sovereign's efforts to address matters in which it has the predominant interest, such proceedings should be dismissed.  
 3. (...). 3.2.4. It is my respectful submission that the government's views on matters which fall within its sovereign domain should be respected in all forums.  
 (...)

7. The decision taken by Cabinet not to support the litigation was not taken lightly. (...). the principal reason for the Cabinet's decision was that as the Mandela government in 1994 and the Mbeki government in 1999 were both elected by an overwhelming majority of the population, on a programme of thorough socio-economic transformation aimed at redressing the legacy of apartheid, it would make little sense for the government to support litigation which not only sought to impose liability and damages on corporate South Africa but which, in effect, sought to set up the claimants as a surrogate government. Accordingly, on 16 April, the Cabinet, after extensive discussions of the matter at Cabinet committee level, resolved that: 'It remains the right of the government to define and finalise issues of reparations, both nationally and internationally. In this regard, it is imperative for the government to clearly express its views on attempts to undermine South African sovereignty through actions such as the reparations lawsuit filed in the United States of America by a US lawyer, Mr Ed Fagan, against two South African mining firms and the participation of South African lawyers in such procedures.'

8.1. The government's policy is to promote reconciliation with and business investment by all firms, South African and foreign, and we regard these lawsuits as inconsistent with that goal. Government's policies of reconstruction and development have largely depended on forging constructive business partnerships. Its 1996 Growth, Employment and Redistribution (Gear) strategy further acknowledged the importance of the private sector that faster economic growth offers the only way out of poverty, inequality, and unemployment, that such growth is driven by both foreign and local private sector investment, and that government's principal role is to create an enabling environment for such investment. (...).

9. The government accepts that corporate South Africa is already making a meaningful contribution to the broad national goal of rehabilitating the lives of those affected by apartheid. Over and above its existing corporate social investment programmes, business has been in partnership with the government in the R1-billion (approximately US\$ 133 million) Business Trust. (...). Further initiatives in partnership between business and government, as well as other social actors, are being prepared (...).

10. The remedies demanded in the current litigation in the United States - both the specific requests (such as for the creation of a historical commission and the institution of affirmative action programmes) and the demand for billions of dollars in damages to be distributed by the US courts - are inconsistent with South Africa's approach to achieving its long term goals. (...). As indicated above, the government has its own views on appropriate reparations policies and the appropriate allocation of resources to develop our economy. I would also make the point that matters of domestic policy which are pre-eminently South African should not be pre-empted by litigation in a foreign court.

11. It is also the view of the government that the issues raised in these proceedings are essentially political in nature. These should be and are being resolved through South Africa's own democratic processes. Another country's courts should not determine how ongoing political processes in South Africa should be resolved, not least when these issues must be dealt with in South Africa. In addition, the continuation of these proceedings, which inevitably will include massive demands for documents and testimony from South Africans involved in various sides of the negotiated peace that ended apartheid, will intrude upon and disrupt our own efforts to achieve reconciliation and reconstruction.

12. Permitting this litigation to go forward will, in the government's view, discourage much-needed direct foreign investment in South Africa and thus delay the

achievement of our central goals. Indeed, the litigation could have a destabilising effect on the South African economy as investment is not only a driver of growth but also of employment. (...). If this litigation proceeds, far from promoting economic growth and employment and thus advantaging the previously disadvantaged, the litigation, by deterring foreign direct investment and undermining economic stability will do exactly the opposite of what it ostensibly sets out to do.

13. I understand that under United States law, courts may abstain from adjudicating cases in deference to the sovereign rights of foreign countries to legislate, adjudicate and otherwise resolve domestic issues without outside interference, particularly where the relevant government has expressed opposition to the actions proceeding in the United States, and where the adjudicator in the United States would interfere with the foreign sovereign's efforts to address matters in which it has the predominant interest. The government submits that its interest in addressing its apartheid past presents just such a situation."

Vollständiges Dokument erhältlich bei der AFP

(Minister Penuell Maduna to Mr Justice John E. Sprizzo, 11.7.03)

6-8-2003

Response of Khulumani Plaintiffs to the Letter of the South African Government (to Judge Sprizzo):

„At the hearing on July 31, 2003, the Court commented that the letter it had received from the South African government was something it ‘can’t ignore’. To the contrary, the Court can and must ignore that letter in the Khulumani litigation. (...). The opinions and policies expressed in the South Africa letter are irrelevant and inapplicable to the ‘four corners’ of the Khulumani complaint.

**Vollständiges Dokument erhältlich bei der AFP**

(Response of Khulumani Plaintiffs to the Letter of the SA Government, eingereicht beim US District Court, Southern District of New York, 6.8.03)

6-8-2003

Brief von Joseph E. Stiglitz an Richter John E. Sprizzo (US District Court for the Southern District of New York) in Unterstützung der Khulumani-Klage:

„Dear Judge Sprizzo,

I submit this letter in connection with the Khulumani litigation only.

South Africa has expressed a concern that recent suits in America intended to address issues of abuses of basic individual rights during the Apartheid regime in South Africa risk having an adverse effect on growth and development in South Africa. I see no basis for these concerns.

To be sure, foreign firms, in making a decision about whether to invest in South Africa today are concerned with what is sometimes called the overall business climate. Among the factors which determine the business climate are governmental attitudes towards business and broader social and political stability. The South African government has long demonstrated a positive attitude towards business. Like any government, it wants to be sure that business operates in a responsible way, and the rules and regulations that are imposed to ensure that that happens should not be, and by and large are not, viewed as anti-business. Indeed, the successful application of such rules and regulations contributes to social and political stability, and this in turn makes a positive contribution to creating a favorable business climate.

The suits in American courts say nothing, of course, about the attitude of South Africa's government towards business. If, in fact, American businesses did aid and abet the system of Apartheid, which resulted in such abuses of individual rights, then

it is important that this form of corporate misconduct be addressed; and knowing that such abuses can be effectively addressed contributes to overall confidence within society towards business; it helps create a more positive business climate. Businesses themselves are forward looking. They ask, what are the opportunities for profits today and in the future? If a firm has polluted in the past, making it pay for that past pollution may deter it from polluting in the future, but will not deter it from entering into profitable investments. No one would argue that one should not impose fines or penalties for past pollution because doing so would discourage future investment. Such arguments would imply that no firm would ever be held accountable for past misbehavior. So too in the cases at hand. Apartheid is a matter of the past, though its consequences live on. Those who helped support that system, and who contributed to human rights abuses, should be held accountable. Holding them accountable will contribute to confidence in the market system, creating a more favourable business climate. If anything, it will thereby contribute to South Africa's growth and development.“  
(Joseph E. Stiglitz an US District Court Judge John E. Sprizzo, 6.8.2003)

25-8-2003

Mandela kritisiert Apartheid-Klagen:

„South Africans are competent to deal with issues of reconciliation, reparation and transformation amongst themselves without outside interference, instigation or instruction. We have dealt with our political transition in that manner and we are capable of dealing with other aspects of our transformation in similar ways.“  
(Sapa, 26.8.03)

27/28-8-2003

Civil Society Reparations Conference in Randburg, South Africa

Rund 50 Organisationen beteiligt; Justizminister Penuell Maduna referierte über die Position der SA-Regierung zum Thema Klagen: „We recognise everyone has the right to approach the courts and have matters settled... We are not taking away this right, but spelling out our position. (...). Once we decide international courts should decide for us, we impair our sovereignty and proclaim we are subservient to those courts.“

Auf die Frage, weshalb er den Brief an Richter Sprizzo verfasst habe: He said South Africa was asked by the US government to educate them about the government's position regarding litigation in the US courts.

Maduna said government would rather use dialogue than litigation to solve the problem of business reparations. „We are prepared to engage in dialogue. This is much more helpful than going down the route of litigation. We have no desire whatsoever to prejudice the right of those that go that route, but let's have the opportunity to dialogue on these matters. (This would) get a better result on a long-term basis.“

Njongonkulu Ndungane urged corporations to participate in dialogue and appealed to government to support and facilitate this process. Court action was the last resort, he said.

Ndungane also suggested South Africans, both big business and individuals, should mark the tenth anniversary of democracy in 2004 by contributing to a national reparation fund, of which 20 percent would be used to pay out victims of apartheid and 80 percent would be spent on restructuring.

(Sapa, 28.8.03)

Press release on the National Reparations Civil Society Conference:

„This conference on ‚Opening Civil Society Dialogue on Reparations‘ has unequivocally called for the opening of constructive dialogue with government with regard to reparations.

We call for the implementation of the TRC recommendations on reparations. We regard these as minimal recommendations. We reject the proposed R30 000 once off payment to victims as grossly inadequate. (...).

We call on government to withdraw their affidavit lodged in the US court system opposing our lawsuits. We reassert our right to legal action in pursuit of justice. We are very concerned at the failure of business to accept our invitation to participate in mediation providing that there is full disclosure by all parties and mediation is not a whitewashing exercise. This would require a fundamental change of heart and approach. The Archbishop Ndungane has agreed to lead the dialogue process. (...),, (Press release: National Reparations Civil Society Conference, Randburg, 28.8.03)

31-8-2003

President in bid to avert reparations litigation: Artikel Sunday Independent: An urgent meeting between big business and the apartheid victims who are suing the corporations in a New York court, is being convened by President Thabo Mbeki in an attempt to reach a negotiated settlement. Bheki Khumalo, Mbeki's spokesperson, said the president would hold the meeting next month. The announcement followed a promise this week by Penuell Maduna, the justice minister, to mediate between the victims' lawyers and big business, whom the victims accuse of aiding and abetting apartheid while making unjust profits. (...). Maduna's promise was seen as an about-turn from his earlier stance of condemnation of the litigation, to the extent that he wrote to the American judge asking for the cases to be dismissed. The surprise u-turn happened at a national reparations conference this week, convened by Anglican Archbishop Njongonkulu Ndungane in a last-ditch effort to find an out-of-court settlement. „We believe this will make a meaningful contribution towards the broader reparations issue,, Maduna told the conference. „We have no desire whatsoever to deny the rights of the most vulnerable. If these rights can only be secured in courts, we won't stand in the way.,, (...). Maduna earlier told Independent Newspapers that business had warned the government that massive job losses could follow if they were forced to pay up, and had asked for state support in quashing the cases. The litigants' memorandum for discussion with business calls on the corporations to agree that „companies may have unjustly profited from apartheid,, that „there is no programme for reparations through which affected victims could make claims,, that „mediation would be in everyone's best interest,, and that this should be aimed at the „creation of reparations funds through which victims may receive benefits,,. The victims are also demanding that Maduna withdraw his declaration to the New York court. MP Giyose, national chairperson of Jubilee, which is supporting two of the lawsuits, said Jubilee had already written to Maduna to demand the withdrawal. „We are prepared to consider that he can become an honest broker between the reparations movement and business, as an elected custodian of people's interest, but he cannot carry out his function when he has an affidavit in court supporting one side,, Giyose said. (...).

(Sunday Independent, 31.8.03)

2-9-2003

KEESA reicht als „Amicus Curiae,, einen Brief ans New Yorker Gericht ein, der die Position der KlägerInnen der Khulumani-Klage stützt.

**vollständiges Dokument bei der AFP erhältlich**

(Brief of Amici Curiae in Support of Plaintiff's Opposition to Defendants' Motion to Dismiss, United States District Court, Southern District of New York, 2.9.03)

9-10-2003

Advocate Dumisa Ntsebeza at the Black Management Forum's annual conference in Cape Town:

„There is more than just a moral obligation on the part of business to contribute to the reparations process. There is also a legal duty. What the apartheid lawsuits seek to do is exactly that.“

Ntsebeza said business had never approached the Truth and Reconciliation Commission to make full disclosure and apply for amnesty while they had the chance, because they were in denial. „They still are. They are stronger in denial because, for whatever reason, they are now defended and supported by the democratic government in the lawsuits. (...).They fit the classical bill of those who proverbially hunt with the hounds and flee with the hares. During the apartheid era, they hunted with the apartheid state in its internationally recognised violations such as extra-judicial killings, torture, genocide, arbitrary detention... During democracy, they have suddenly become hares who run and seek refuge under the welcoming petticoats of our democratic government in the face of lawsuits.“

(Sapa, 10.10.03)

5-11-2003

Ed Fagan wird das Mandat entzogen

„We have terminated his mandate on the apartheid case“, sagt der südafrikanische Anwalt John Ngcebetsha gegenüber der Financial Times, „We took the decision in the best interest of our clients.“

(Financial Times, 6.11.03)

5-11-2003

„The pressure from both the US and SA governments has been such that I would not be surprised if the judge ruled the case has not merit“ - an executive with one of the companies involved told the Financial Times

(Financial Times, 6.11.03)

6-11-2003

Hearing durch Richter John E. Sprizzo am Southern District Federal Court of New York. Sprizzo macht während der über dreistündigen Anhörungen offenbar keinen Hehl daraus, dass er die Argumente der Kläger für zu weit hergeholt hält und den Fall abweisen will.

6-11-2003

Statement by MP Giyose, Chairperson of the Apartheid Debt and Reparations Task Team, on the removal of Ed Fagan from the Ngcebetsha lawsuit:

„(...). We applaud the action taken by Mr. J. Ngcebetsha and our Patron Advocate Dumisa Ntsebeza. We want to request them humbly to make sure that the reparations litigation in the USA will not in future survive in any manner as Faganism without Fagan. And that therefore these dear comrades will hold a discussion with us,

as they often do, in which we will all seek to bring those litigation into proper alignment under the aegis of the Apartheid Debt and Reparations Task Team and the general authority of the National Reparations Movement. (...),,  
(Statement by MP Giyose, Chairperson of the Apartheid Debt and Reparations Task Team, on the removal of Ed Fagan from the Ngcebetsha lawsuit, 6.11.03)

6-11-2003

Das „November 6 Action Committee,, (Jubilee South Africa, Khulumani Support Group, Anti-Privatisation Forum, Khanya College, Samancor Retrenched Workers Crisis Committee, Soldiers Forum, South African History Archive, Youth for Work) marschiert - am Tag, an dem in New York die nächste Anhörung der Klagen stattfindet, in Unterstützung der Anwälte Abrahams und Hausfeld - zur Barclays Bank; stellvertretend für alle Beklagten) in Johannesburg und überreicht ihrem Vertreter ein Memorandum bezüglich der Entschädigungsklagen, das folgendermassen endet:

„This memorandum thus serves to reflect the growing mobilisation of South Africans and international allies in support of our claim. We offer you the promise that we shall continue to mobilise and organise support for the claim and for reparations. We will not rest until the just demands of the people have been met.,,  
(Reparations Yes! Memorandum presented by the November 6 Action Committee to Barclays Bank, 6.11.03)

12-03

Affidavit Desmond Tutu an Richter Sprizzo: Supplemental Declaration in Opposition of Defendants' Joint Motion to Dismiss (er bezieht sich auf die Ntsebeza- und Digwamaje-Klagen):

„1. I was Chairperson of the Truth and Reconciliation Commission (...). I make this Declaration in Opposition to Defendants' Joint Motion to Dismiss in the South African Apartheid Litigation (MDL No.1499 (the „Lawsuits,,), that is currently pending before this Honourable Court.

2. During the latter years of apartheid, while I was Archbishop of Cape Town, I was one of the leaders of the campaign for non-violent opposition to apartheid. I considered that the most effective non-violent tool was a campaign of international economic sanctions, designed to pressurize the government by making the continuation of the system of apartheid economically unviable. I accordingly vigorously supported the international sanctions approved by the United Nations and other international bodies, and the various sanctions regimes enacted in many countries around the world, including some which were South Africa's major trading partners.

3. I have read the letters addressed to this Court of Dr. Penuell Maduna, dated July 11 and by the Legal Adviser, the Department of State, dated October 27, 2003. I have taken special note of the suggestion in the letter of the aforementioned Legal Advisor that adjudication of the Lawsuits by this Honourable Court would impede efforts at reconciliation and redress in South Africa, a suggestion which appears to be based upon a similar averral by Dr. Maduna in his letter of July 11, and the associated allegation that the TRC process has provided the remedies sought by plaintiffs in these lawsuits. I have also taken special note of the suggestion, advanced by both the Legal Advisor and by Dr. Maduna, that the adjudication of these Lawsuits by this Honourable Court would deter future foreign investment in South Africa.

4. For the reasons that follow, it is my firm view that the aforementioned allegations

by the Legal Advisor and Dr. Maduna are without merit.

5. Turning first to the issue of reconciliation and redress in South Africa, one of the functions of the TRC was to consider the question of reparations for victims of apartheid. It is important to understand that the Commission itself only had the power to place before the President and Parliament its proposals for the provision of reparations. It could not implement reparations, nor could it take the final decision as to the type of reparation measures to be implemented.

6. It is also important to understand that the TRC always took the view that its mandate was to consider *reparations* rather than *compensation* for victims of apartheid. As I have stated:

‘We agreed that there was no way in which anyone could claim to compensate, for instance, a family for the brutal murder of their beloved husband, father and breadwinner. There is no way of compensating the devastation of such a loss. ... Thus our recommendations to the President and Parliament provided that a sum of money reasonably significant in amount would be paid to those designated as victims, but that it would be acknowledged that it was really meant to be symbolic rather than substantial.’

7. Thus it was that the TRC considered that, in principle, a private corporation might be liable to victims of apartheid as a matter of civil law, quite independently of the TRC process. The Final Report of the TRC, dated March 21, 2003, stated that a claim against the Anglo American Corporation, one of the Defendants in this suit: ‘Would be based on the extent to which decades of profits were based on systemic violations of human rights. In legal terms, this could be based on the principle of ‘unjust enrichment’. ‘Unjust enrichment’ is a source of legal obligation. Actions based on ‘unjust enrichment’ are common to most modern legal systems. These kinds of claims give rise to an obligation in terms of which the enriched party incurs a duty to restore the extent of his/her enrichment to the impoverished party. Put differently, the impoverished party acquires a legal right to claim that the extent of the other’s enrichment be restored to him/her if it was acquired at his/her expense.’

8. In its Final Report, the Commission recommended that the government pay the then-equivalent of US\$375-million in reparations, to some 22'000 persons that testified before the TRC and claimed that they were individual victims of gross human rights violations committed by individual perpetrators.

9. On April 15, 2003, President Mbeki announced that he had authorized a one-time payment of approximately US\$74 million - \$300 million less than the sum recommended by the commission - to more than 19'000 victims whose need was characterized as ‘urgent’ by the commission.

10. Thus, the very different character and objectives of the TRC process on the one hand, and potential civil litigation on the other, make it clear that the assertion that adjudication of these Lawsuits would be at odds with the TRC, or otherwise undermine reconciliation in South Africa, is a *non-sequitur*. To the contrary, the obtaining of *compensation* for victims of apartheid, to supplement the very modest amount per victim to be rewarded as *reparations* under the TRC process, could promote reconciliation, by addressing the needs of those apartheid victims dissatisfied with the small monetary value of TRC reparations.

11. It was never contemplated by the TRC that victims of apartheid would be precluded from seeking compensation through the ordinary civil process - except, of course, to the extent that the perpetrator involved had been granted amnesty with respect to the wrong. (Because no business corporations applied for amnesty under the TRC process, the hypothetical possibility that they may have been eligible to receive amnesty is of no consequence for present purposes). While I would have

preferred to see disputes regarding compensation for victims of apartheid resolved in South Africa, to the extent that courts outside of South Africa do not enjoy jurisdiction over defendants in such suits, I would support the right of victims to seek redress in any country in the world where courts do have such jurisdiction.

12. Turning secondly to the suggestion that the adjudication of these Lawsuits by this Honourable Court may deter future foreign investment in South Africa, it is my belief, speaking as an individual who played a leading role in the disinvestment campaign against apartheid, that this proposal is entirely without foundation. It makes no sense to suppose that suits filed in a foreign jurisdiction that seek to hold foreign companies accountable for their collaboration with a prior regime would discourage foreign investors from sending capital into that country in the future. If anything, the contrary may be true. Placing corporations on notice that they will in future be held responsible for the effects of their investments in repressive regimes may well create an incentive for them to channel such investments into countries with a better human rights record.

13. The human rights records of governments are becoming an important item on the pre-investment due-diligence lists of multi-national corporations, and the adjudication of these Lawsuits, and others like them, by courts around the world will only encourage such a trend. Post-apartheid South Africa, which has an exemplary human rights record relative to many of the other developing nations competing for direct foreign investment, stands to be a great beneficiary of such a shift in the distribution of global direct investment.,,

(Archbishop Desmond Tutu, Cape Town, South Africa, December 2003)

## 2004

24-1-2004

Der Direktor der Völkerrechtsabteilung des EDA unterschreibt, zusammen mit den Regierungen Grossbritanniens und Australiens, einen Amicus Curiae Brief ans US Supreme Court. Er bezieht sich auf einen Gerichtsfall, in dem die US-Regierung dem mexikanischen Staatsbürger Humberto Alvarez-Machain die Klagerechte abspricht gegen einen Beauftragten der US-Drug Enforcement Agency (DEA), der Alvarez (im Auftrag der DEA) entführte und in die USA vor Gericht brachte. Dieser Fall - der erste dieser Art vor dem Obersten Gerichtshof der USA - wird wegweisend sein für die künftigen Klagerechte ausländischer Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen in den USA, basierend auf dem Alien Tort Claims Act (ATCA). Das von der Schweiz unterzeichnete Schreiben beruft sich auf den Amicus Curiae Brief der südafrikanischen Regierung zu den Apartheidklagen, der dem erwähnten Schreiben in vollem Wortlaut angefügt ist. Für die Beschneidung der Klagerechte setzen sich nest der Schweiz, Grossbritannien und Australien vor allem US-Wirtschaftsverbände und die Bush-Administration ein.

Umgekehrt haben sich zahlreiche US-amerikanische und internationale Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechts-ExpertInnen gegen jegliche Einschränkungsversuche ausgesprochen, ebenso Organisationen, die sich mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen befassen. Unter anderem sind dies: Amnesty International, World Organizations Against Torture, Mary Robinson (frühere UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte), Richard J. Goldstone

(ehemaliger südafrikanischer Verfassungsrichter, Ex-Chefankläger am UNO-Strafgericht zu Jugoslawien und Ruanda), viele pensionierte höhere US-DiplomatInnen, ca. hundert RechtsprofessorInnen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Jüdische Weltkongress, das International Centre for Corporate Accountability, OECD Watch, Oxfam International, TransAfrica Forum, Jubilee South Africa, Christian Aid und Human Rights Watch. Aus der Schweiz haben der Zürcher Strafrechtler und ehemalige Präsident der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Stefan Trechsel, die Erklärung von Bern, Trial sowie in Genf situierte internationale Menschenrechtsorganisationen unterschrieben. Auf öffentlichen Protest hin lässt das EDA verlauten, die Schweizer Unterschrift unter dem Amicus Curiae Brief habe nichts mit den Apartheidklagen zu tun, sondern wende sich gegen die zunehmende Missachtung des Völkerrechts durch die USA (Tages-Anzeiger, 19.3.04) - eine seltsame Behauptung, da es beim strittigen Fall um ein Kidnapping in Mexiko, im Auftrag der US-Drogenbehörden geht, also um eine schwere Souveränitäts- und Menschenrechtsverletzung. (Widerspruch 46, Sommer 2004; Tages-Anzeiger, 19.3.04 und 31.3.04)

1-2-2004

Reparations have "profound implications" for SA

The SA government is dismissive of Desmond Tutu's support for the apartheid litigations in the US. Government. Spokesperson Joel Netshitenzhe told the "Sunday Independent" that Tutu should first have discussed his concerns with the state. "If the Archbishop had sat down with the Minister of Justice to discuss the issue, he would have had a clearer understanding of the government's position on the litigation in the US", Netshitenzhe said. "This is that not settling the matter (of apartheid victims) inside South Africa has profound implications for the future of the country, for instance for the assessment of the country risk profile, and for investment and job creation."

(Sapa, 1.2.04)

2-2-2004

Media Statement Jubilee South Africa: Jubilee South Africa salutes Archbishop Desmond Tutu

"Jubilee South Africa salutes Archbishop Desmond Tutu as he continues to support the poor of his country through his public support of the Apartheid Reparations claims filed in the USA.

Archbishop Desmond Tutu provided the courts of the USA in January with a signed affidavit supporting the victims of Apartheid who suffered gross human rights violations as they continue to struggle for their right to reparations from those foreign companies that aided and abetted the Apartheid State. (...).

Through the conflict with Apartheid, eminent leaders struggled and stood side by side with the poor and the oppressed in this country. One such leader was Archbishop Desmond Tutu. Jubilee asks other South African leaders to again stand with the poor of this country and support the Apartheid Reparations claims filed in the US. Jubilee now calls upon Nelson Mandela to support the claims together with Archbishop Desmond Tutu and demonstrate that he is a leader of the people and not a leader of the big corporations."

(Media Statement Jubilee South Africa, 2.2.04)

10-2-2004

Swiss Government against apartheid reparations case

An American court should not decide a class action law suit seeking reparations for apartheid from international companies, the Swiss government said on Tuesday. "We are particularly concerned about the extraterritorial application of US laws", said Swiss ambassador Eric Martin of the multi-billion rand law suit, which targeted a number of international companies, including some Swiss banks.

Martin, who was addressing a group of South African journalists in Berne, said the Swiss government was following the developments in the Washington district court "very closely" and were in regular contact with stakeholders across the world.

He said the Swiss government had a great interest in the position taken by the South African government and was "impressed" with President Thabo Mbeki's stance on the matter, as well as utterances by Justice Minister Penuell Maduna explaining South Africa's "clear position" on the issue.

"The Swiss government is not directly involved in the case... we are mainly observers... (but) we consider it inappropriate to resolve it in a US court", said Martin, highlighting the clear separation between the Swiss government and private companies. He said legal actions such as the class suit could not answer economic and human rights violations. "(We) don't think litigation will solve the problems of the past", he said, adding that they were expecting a decision from the presiding judge in the matter towards the end of the month. "(We) hope the judge will dismiss the plaintiffs", he said.

South Africa's ambassador to Switzerland, Nozipho January-Bardill, said while the South African government did not support the litigation for the same reason as the Swiss, "we also said we can't stop our citizens from pursuing any action they want to take. It is their constitutional right to do that and we won't stand in their way."  
(Sapa, Bern, 10.2.04)

13-2-2004

Tutu: Apartheid victims have waited too long

In an interview with "The Associated Press" in London, Tutu said that apartheid's victims have waited too long for too little compensation from the South African government. "I myself would say that we have been less than generous with people who have been remarkable", Tutu said.

While perpetrators who gave a full account of their crimes were granted amnesty immediately, their victims had to wait years for reparations, until the TRC submitted its final report on March 2, 2003, and Mbeki's government considered its recommendations.

On November 17, the government began issuing 33'000 Rand payments to 22'000 victims who testified before the TRC - less than a quarter of what the commission had recommended. Those who did not testify, received nothing.

Tutu says victims have a right to seek redress in other countries.

Without specifying names, Tutu said many companies who did business in South Africa were "very snooty" with the TRC. "When they ought to have come and said: 'Yes, we benefited from apartheid. We are sorry...', quite a few made out that 'Oh no, we opposed (apartheid)'", Tutu said. "Twaddle!" Others simply ignored the TRC's appeals to come testify. "They thought, yo see, they could thumb their noses at efforts because nothing would happen", Tutu said. "I think it is a good thing that

people can go to another country. I'm not certain that they are going to win, but it is important for these groups to know they could be in for the high jump, which they could have avoided."

(Sapa, 13.2.04)

19-2-2004

EDA-Vorsteherin Micheline Calmy-Rey trifft sich in Pretoria mit der südafrikanischen Aussenministerin Nkosazana Dlamini Zuma (und weiht die neue Schweizer Botschaft ein). Tags zuvor findet ein Treffen zwischen Vertretern der Schweizer und der südafrikanischen Regierung statt.

(Pressemitteilung des südafrikanischen Aussenministeriums, 19.2.04)

17-3-2004

Pressecommuniqué Aktion Finanzplatz Schweiz; Déclaration de Berne, Lausanne und Zürich und TRIAL, Association Suisse contre l'impunité:

„EDA: Mit Bush und der US-Wirtschaft gegen Menschenrechte?“:

„Am 24. Januar hat das EDA, respektive die Direktion für Völkerrecht, eine Stellungnahme an den Obersten Gerichtshof der USA unterzeichnet. Darin wird das Bestreben der Bush-Regierung unterstützt, Klagen von ausländischen Opfern von Menschenrechtsverletzungen einzuschränken. Solche Klagen können in den USA aufgrund des Alien Tort Claims Act (ATCA) eingereicht werden: Aufgrund dieses Gesetzes wurden auch die CS Group und die UBS (unter andern) wegen ihrer Unterstützung der Verbrechen der Apartheid eingeklagt. Der Vorstoss der Schweiz fällt Menschenrechtsorganisationen in den Rücken. ATCA hat es zahlreichen Opfern von Menschenrechtsverbrechen ermöglicht, Entschädigungen einzuklagen. (...).

Dass die Schweiz als eine der ersten Regierungen diese politisch motivierte Berufung unterstützt, ist doppelt skandalös:

1. Die Position, welche das EDA in diesem Fall einnimmt, unterstützt die Intentionen der Bush-Regierung und von US-Wirtschaftsverbänden: Sie wollen für die Zukunft grundsätzlich verhindern, dass ausländische Opfer von Menschenrechtsverletzungen in den USA klagen können. Inzwischen haben zahlreiche Menschenrechtsorganisationen gegen jegliche Einschränkung des ATCA protestiert (...).

2. Selbst wenn man gute Gründe gegen ATCA hätte, darf man sich im konkreten Fall nicht auf die Seite der US-Regierung stellen. Im Auftrag der US-Drug Enforcement Agency (DEA) wurde ein Mexikaner gekidnappt und heimlich über die US-Grenze in die USA geführt. Dort wurde er wegen Beteiligung am Mord eines mexikanischen DEA-Beamten vor Gericht gestellt, jedoch freigesprochen. Mit einer Klage, die auf dem ATCA beruht, verlangte der Mann eine Entschädigung für das Kidnapping und die Entführung in die USA. Dieser Klage wurde stattgegeben, dagegen hat die US-Regierung appelliert.

Wie das EDA dazu kommt, einen Brief zu unterschreiben, in dem behauptet wird, der Fall Alvarez-Machain habe nichts mit den USA zu tun, ist ein Rätsel. Mit seiner Stellungnahme ignoriert das EDA, dass im Fall Alvarez-Machain ein Auslieferungsvertrag zwischen den USA und Mexiko von der DEA offen verletzt wurde und zudem die Verhaftung und Verschleppung von Alvarez-Machain über die Staatsgrenzen hinweg schlimmste Rechtswillkür darstellt.

Wir erwarten vom EDA eine Erklärung für diesen unbegreiflichen Positionsbezug. Heute reicht die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein zu dieser Sache eine Interpellation ein.“

(Pressecommuniqué Aktion Finanzplatz Schweiz; Déclaration de Berne, Lausanne und Zürich und TRIAL, Association Suisse contre l'impunité, 17.3.04)

18-3-2004

04.3145 Interpellation Pia Hollenstein: Menschenrechtsklagen. Keine Einschränkungen:

„1. Die Position, welche das EDA im nachstehenden Fall ((Alvarez)) einnimmt, entspricht den Absichten der Bush-Regierung und von US-Wirtschaftsverbänden. Was hat das EDA, respektive die Direktion für Völkerrecht, dazu bewogen, diese Position einzunehmen, gegen die heute international führende Menschenrechtsorganisationen, wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen, renommierte, internationale Menschenrechtsjuristen und -juristinnen mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen?

2. War dem EDA die strategische Bedeutung dieses Falls bewusst? Weshalb wurden die menschenrechtlichen Implikationen nicht in Betracht gezogen oder nicht stark gewichtet? Wer wurde konsultiert? Wie findet die fachliche und politische Meinungsbildung in einem solchen Fall statt? (...).

3. Kann das EDA genau formulieren, welches seine Politik und die politischen Ziele in Sachen ATCA (Alien Tort Claims Act) sind? Wer soll nicht mehr klagen können und wer soll nicht mehr eingeklagt werden können? Sind Rechte von Opfern von Menschenrechtsverletzungen nicht prinzipiell höher zu bewerten als Souveränitätsansprüche von Staaten? Wenn nicht, in welchen Fällen nicht?

4. Selbst wenn man gegen den ATCA gewichtige Einwände haben mag, eignet sich dieser Fall denkbar schlecht, um ein Exempel zu statuieren. Die US-Drug Enforcement Agency hat klar einen Staatsvertrag zwischen den USA und Mexiko verletzt. Die Art und Weise, wie der Kläger, Alvarez-Machain, gekidnappt und in die USA verfrachtet wurde, war absolut willkürlich und rechtswidrig. Es ist nicht einzusehen, weshalb Alvarez-Machain nicht Entschädigung für dieses rechtswidrige Tun erhalten soll. Wie kommt das EDA dazu, einen Brief zu unterschreiben, in dem behauptet wird, dass der Fall Alvarez-Machain nichts mit den USA zu tun hat? Warum hat das EDA, wenn es schon mitmischen wollte, nicht den Weg der EU-Kommission gewählt? Auch die EU-Kommission hat einen Amicus Curiae Brief verfasst, hat allerdings betont, dass sie zum konkreten Fall explizit keine Stellung beziehen, sondern sich zur völkerrechtlichen Problematik des ATCA kritisch äussern wolle.

5. Im Amicus Curiae Brief, den die Schweiz unterschrieben hat, ist nicht nur der Amicus Curiae Brief ausgiebig zitiert, den die südafrikanische Regierung auf Wunsch der US-Regierung gegen die Apartheidklagen an das zuständige US-Gericht geschrieben hat. Dieses Schreiben ist zudem vollumfänglich als Anhang beigefügt. Findet es das EDA legitim, sich auf eine Stellungnahme der südafrikanischen Regierung zu beziehen, welche von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Südafrika heute heftig bestritten wird und zudem nicht ohne die Bitte der US-Regierung geschrieben wurde? Stimmt die Vermutung, dass das EDA hier nicht nur zu einer völkerrechtlichen Frage Stellung nimmt, sondern auch zur Apartheidklage, ohne es offen als das deklarieren zu müssen?

Begründung:

(...). Da es sich in Sachen Menschenrechtsklagen eines ausländischen Opfers um den ersten Fall beim Obersten Gerichtshof handelt, wird viel mehr abgehandelt als

dieser einzelne Fall. Die Stellungnahme des EDA hat deshalb eine nicht unbedeutende politische Bedeutung und ist deshalb von allgemeinem Interesse

Antwort des Bundesrates:

„Allgemeines:

(...). Der Schweiz geht es indessen nicht um den Ausgang des Falles an sich, sondern um die von der Vorinstanz gemacht pauschale Feststellung, wonach das ATS eine Grundlage bilde, um irgendeine, irgendwo auf der Welt begangene Völkerrechtsverletzung vor amerikanischen Zivilgerichten anhängig zu machen, ohne dass ein Bezug zu den USA nachgewiesen werden müsse. Es handelt sich nicht um eine politische Intervention, sondern eine in der amerikanischen Gerichtspraxis übliche Form einer rechtlichen Stellungnahme. Eine solche erfolgte auch durch die Europäische Kommission im Namen der Europäischen Gemeinschaft.

Das ‚Alien Tort Statute‘ (ATS), ein Gesetz aus dem Jahr 1789 bestimmt, dass allfällige Zivilklagen aus Verletzung von allgemeinem Völkerrecht oder internationalen Verträgen der USA in die Zuständigkeit der Bundesgerichte und nicht der Gerichte der einzelnen Bundesstaaten fallen. Das Gesetz sagt aber nicht, unter welchen Voraussetzungen solche Klagen überhaupt zulässig sind. Es hatte lange keine praktische Bedeutung. Erst seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden zunehmend Fälle verzeichnet, in denen sich amerikanische Bundesgerichte mit zivilrechtlichen Klagen befassten, ohne dass ein direkter Anknüpfungspunkt zu den USA bestand. (keine Taten im Inland oder Taten im Ausland unter Beteiligung eines eigenen Staatsangehörigen). Dabei ging es um Prozesse gegen Einzelne (Individuen und Unternehmen), nicht gegen Staaten.

Ausländische Staaten wie auch die Europäische Gemeinschaft beobachteten diese Entwicklung mit Sorge. Sie verstärkt eine bekannte Tendenz im amerikanischen Prozessrecht, extraterritoriale Zuständigkeiten zuzulassen, eine Praxis, welche im Gegensatz zu den Regeln des Völkerrechts über die Abgrenzung der Justizzuständigkeiten zwischen Staaten steht.

Die Interpretation des ATS durch das Urteil i.S. *Sosa v. Alvarez-Machain* geht dahin, in den USA eine Art Weltrechtsprinzip in einschlägigen Zivilklagen einzuführen.

Demnach könnten potentiell sämtliche Zivilansprüche der Welt, die sich auf eine Völkerrechtsverletzung gründen, vor amerikanischen Gerichten behandelt werden.

Ein solches Weltrechtsprinzip gibt es zwar im internationalen Strafrecht bei einigen wenigen schwerwiegenden Verbrechen (Genozid, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und namentlich auch der Folter), nicht aber im Zivilrecht.

Die Frage, ob eine analoge zivilrechtliche Regelung international eingeführt werden sollte, darf man durchaus stellen. Eine entsprechende Norm sollte aber von der Staatengemeinschaft als Ganzes diskutiert und gegebenenfalls vereinbart werden und nicht mittels einseitigem Akt eines Staates.

Zu den einzelnen Fragen der Interpellantin nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

Zu 1:

Die Schweizer Eingabe an den U.S. Supreme Court verfolgte einzig und allein das Ziel, eine extensive völkerrechtswidrige Auslegung des ATS zu verhindern. Der „amicus curiae brief“ liegt damit auf der konstanten Linie der Politik des Bundesrates, sich gegen die extraterritoriale Anwendung nationalen Rechts einzusetzen.

Zu 2. und 3.:

Der Oberste Gerichtshof wählt jeweils aus Tausenden ihm unterbreiteten Fällen nur einige wenige ihm besonders wichtig erscheinende Fälle pro Jahr aus. Die Möglichkeiten, sich zum Anwendungsbereich des ATS aussprechen zu können, sind deshalb rar. Da der vorliegende Fall für die Auslegung des ATS von weitreichender

Bedeutung sein könnte, hat sich das EDA zu einer Intervention entschlossen. Die Eingabe der Schweiz bringt ein prinzipielles Anliegen zum Ausdruck. Die Besorgnis über eine drohende extraterritoriale Rechtsanwendung sowie die Erwartung, dass das Gericht bei der Interpretation des ATS die Schranken des Völkerrechts respektiert. Auch wenn die Beweggründe der Menschenrechtsorganisationen für die Erhebung der Klage in den USA achtbar sind, kann es nicht der richtige Weg sein, Rechtsverletzungen dank der extraterritorialen Zivilgerichtsbarkeit ohne weiteres in den USA verfolgen zu können. Wohl kann man sich für die Zukunft die Frage stellen, ob im Völkerrecht nebst dem bestehenden strafrechtlichen Weltrechtsprinzip auch ein zivilrechtliches entwickelt werden könnte. Für die Abklärung individueller Verantwortlichkeit im Fall eines Vorwurfs schwerer Menschenrechtsverletzung müssten aber strenge verfahrensrechtliche Standards angelegt werden. Dazu scheinen Strafverfahren, in denen fundamentale Grundsätze wie die Unschuldsvermutung, Verteidigungsrechte, das strafrechtliche Legalitätsprinzip usw. beachtet werden müssen, besser geeignet als zivilrechtliche Zweiparteienverfahren. Das im Strafrecht anerkannte Weltrechtsprinzip darf deshalb nicht unbesehen ins Privatrecht überführt werden.

Zu 4:

Die Eingabe beim Obersten Gerichtshof der USA bezieht sich, wie erwähnt, auf die Gefahr der völkerrechtswidrigen, extensiven Anwendung amerikanischen Rechts. Die Frage, ob ein zivilrechtlicher Schadensersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten besteht oder allenfalls ein Haftungsanspruch des Klägers gegen die USA, ist nicht Gegenstand des „amicus curiae brief“. Dass sich das EDA entschied, gemeinsam mit Grossbritannien und Australien in diesem Verfahren zu intervenieren, ergibt sich aus dem Umstand, dass der Oberste Gerichtshof sich der umstrittenen Auslegung des ATS angenommen hat.

Zu 5:

Die Erwähnung der Südafrika-Klagen dient lediglich als Anwendungsbeispiel für die erwähnte Problematik der extraterritorialen Zuständigkeit. Es trifft nicht zu, dass der „amicus curiae brief“ sich materiell zu diesen Klagen äussern wollte. Das zentrale Motiv der Eingabe, an der sich die Schweiz mitbeteiligt hat, ist die Wahrung des Völkerrechts und der Schutz unserer Rechtsordnung. Dieses Anliegen ist nicht nur ein schweizerisches, sondern auch ein gemeinsames europäisches und geht weit über den konkreten Anwendungsfall hinaus.“

(04.3145 – Pia Hollenstein. Interpellation. Menschenrechtsklagen. Keine Einschränkungen, 18.3.04)

22-4-2004

Pressecommuniqué des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) zur Südafrika-Vergangenheit:

“(…). Der Rat bedauert, dass der SEK zur Zeit der Apartheid zu einseitig auf den Weg der guten Dienste und der Versöhnung setzte und den Menschen, die Opfer der Apartheid wurden, und jenen, die in unseren Kirchen ihre Stimme gegen dieses Unrecht erhoben, zu wenig Gehört und Unterstützung schenkte. (...)“

(Pressecommuniqué des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) zur Südafrika-Vergangenheit, 22.4.04)

SEK-Bulletin 1/2004 - mit Fokus SEK-Südafrika:

Interview mit Thomas Wipf:

Frage: „Der Rat SEK hat im Zusammenhang mit der Apartheid-Vergangenheit sein Bedauern ausgedrückt. Wieso hat er sich nicht entschuldigt?“

Wipf: „Der Rat des SEK hat sich intensiv mit den drei Arbeiten auseinandergesetzt, und die Erkenntnisse werden in seine heutige Verantwortung einfließen. Um Entschuldigung bitten kann man nach einem klaren persönlichen Fehlverhalten. Wir bedauern, dass sich der SEK unter den damaligen Bedingungen nicht zu einer eindeutigeren Haltung durchringen konnte. Das ist das, was wir heute empfinden.“ (SEK-Bulletin 1/2004, S. 9)

22-4-2004

Apartheid: Mea Culpa der Protestanten (vgl. oben)

Nach der Präsentation von drei Studien über sein Verhältnis zum Apartheidregime verspricht der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK, daraus Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Vorstellung der Studien:

> „Gute Dienste in Südafrika“ - Die Südafrikapolitik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes zwischen 1970 und 1990: Lizenziatsarbeit an der Forschungsstelle für schweizerische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich, Dezember 2003, Lukas Zürcher

> „Salz der Erde oder Spiegel der Gesellschaft?“ - Studie betreffend die Haltung des SEK im Kontext der „Bankengespräche“ zum Thema Apartheid in den Jahren 1986-1989: erstellt im Auftrag des SEK, Christoph Weber-Berg

> „Schweiz-Südafrika: Sozialethische Perspektiven“: Studien und Berichte 59 aus dem Institut für Sozialethik ISE des SEK, Hans-Balz Peter, Dorothea Loosli

Die keesa findet es zwar erfreulich, dass nun Fakten vorliegen. Doch „besonders gravierend ist es, dass die südafrikanischen Partnerkirchen (...) auch im Aufarbeitungsprozess wieder übergangen worden sind.“ Die keesa fordert deshalb vom SEK, eine offene Debatte der aufgeworfenen Fragen zu ermöglichen. Mascha Madörin gegenüber swissinfo: „Neue Fakten sind zwar begrüssenswert. Die politischen Konsequenzen sind aber reines Déjà-vu.“ Und: „Der Kirchenbund ignoriert, was die südafrikanische Zivilgesellschaft zur Problematik sagt, auch in Bezug auf die aktuellen Klagen.“

(swissinfo, Berner Zeitung, 22.4.04)

22-4-2004

Auszug aus dem „Executive Summary“ der Studie „Schweiz-Südafrika: Sozialethische Perspektiven“: Studien und Berichte 59 aus dem Institut für Sozialethik ISE des SEK, Hans-Balz Peter, Dorothea Loosli:

„5. Fakten und Möglichkeiten der Forderungen:

Das fünfte Kapitel analysiert Fakten und Möglichkeiten der Forderungen und zeigt mögliche Folgerungen auf. Eingegangen wird v.a. auf die Themen Schuldenerlass, odious debts und Reparationszahlungen:

> Zur Frage des Schuldenerlasses wird aufgezeigt, dass die Auslandverschuldung Südafrikas volkswirtschaftlich nicht dramatisch ist. Deshalb kommt das Land nicht in den Genuss eines Schuldenerlasses des IWF und der Weltbank für die am meisten verschuldeten und ärmsten Länder. Zudem äusserte die südafrikanische Regierung stets ihr Desinteresse an Entschuldungsmassnahmen, auch in Bezug auf die odious debts.

> Diese Doktrin der odious debts wird von der Studie näher betrachtet. (...).

> Die Studie zeigt auf, dass ein nachträgliches, rein moralisches Urteil darüber nicht ausreicht, sondern dass ein international anerkannter Mechanismus mit einer unabhängigen Instanz benötigt wird, welche nach klaren Kriterien beurteilt, ob Kredite an ein Unrechtsregime verabscheuenswürdig und deshalb nicht einklagbar sind.

Allfällige Investitionen in solche Regimes würden somit auf Eigenverantwortung der Kreditgeber geschehen.

> Zum Thema der Reparationszahlungen betont die Studie, dass die Forderungen nach Entschädigung nicht nur wirtschaftlich verstanden werden dürfen. Vielmehr geht es dabei um eine ganzheitliche Wiederherstellung, in seelischer, materieller, physischer, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht. In der Folge zeigt sie auf, wie die südafrikanische Regierung die Vorschläge der TRC betreffs der inner-südafrikanischen Reparationsforderungen umzusetzen versucht. Durch Beiträge in den President's Fund soll in erster Priorität die Herausforderung des Wiederaufbaus und der Entwicklung unterstützt werden. In diesem Sinne spricht sich die Studie gegen eine allgemeine Amnestie für Apartheid-Täter und gegen Sammelklagen aus. Hingegen wird es als sinnvoll erachtet, neben dem bereits einbezahlten Betrag in den President's Fund noch weitere Mittel beizusteuern. Die lancierte Swiss-South African Cooperation Initiative (SSACI) der DEZA und schweizerischen Unternehmen zielt in die gleiche Richtung. Zudem sollte versucht werden, den Rückgang der Auslandsinvestitionen aufzuhalten, da Südafrika darauf angewiesen ist, um seine zwei Volkswirtschaften (moderner Sektor und Subsistenzwirtschaft) langfristig zusammenführen zu können. Auch hierbei sieht die Studie eine Möglichkeit für den SEK und die Kirchen, ihren Einfluss geltend zu machen, um die beteiligten Kreise zusammenzuführen.

6. Optionen für die Zukunft:

Optionen für die Zukunft bietet das sechste Kapitel. Durch das Eingestehen von Bedauern und Reue, wie es die SEK-Delegation nach ihrer Südafrikareise getan hat, ist das Tor zur Versöhnung und Hilfe an die Opfer geöffnet. Konkret sieht die Studie für den SEK vier Handlungsfelder:

> Der SEK könnte in Zusammenarbeit mit dem ÖRK seinen Einfluss dahingehend geltend machen, dass die Doktrin der odious debts in Kraft tritt und institutionalisiert wird.

> Er könnte in einer öffentlichen Erklärung das im südafrikanischen Versöhnungsprozess ausgearbeitete Prinzip der ‚wiederherstellenden Gerechtigkeit‘ unterstützen.

> Er könnte einen eigenen finanziellen Beitrag zur Entschädigung individueller Opfer der Apartheid bzw. zur Unterstützung von Gemeinden in den President's Fund, der losgelöst von der Schuldfrage zu betrachten ist, einzahlen.

> Er könnte versuchen, Banken und Unternehmungen dafür zu sensibilisieren, dass diese ebenfalls Beiträge in den President's Fund oder den SSACI einzahlen.

Die Sammelklagen sollten vom SEK als ein legitimes Mittel der Apartheid-Opfer angesehen werden, ihre Forderungen einzuklagen. Sie sind jedoch als solche nicht zu fördern, da sie für Südafrika tendenziell demütigend sind und die Kooperation der Banken und Unternehmen mit Südafrika behindern.

Die nach dem UNO-Sanktionsbeschluss gewährten Kredite der schweizerischen Banken an das Apartheid-Regime können nicht als odious debts bezeichnet werden, denn explizit verboten oder als odious bezeichnet wurden solche Geschäfte nicht.

Allfällige Zahlungen sollten nicht retrospektiv kalkuliert werden, sondern wenn, dann im Sinne des biblischen Bildes vom Oberzöllner Zachäus (Lk 19,1-10) gemacht werden.

Wichtiger sind jedoch die entwicklungspolitische Unterstützung und die Förderung von Investitionen. Dass dies in partnerschaftlicher Absprache mit Südafrika geschehen sollte, ist ein weiteres Anliegen der Studie. Dazu würde eine Investitionskonferenz mit Vertretern und Vertreterinnen der beteiligten Kirchen, Entwicklungsorganisationen, Regierungen und Unternehmungen viel beitragen. In

der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit engagieren sich bereits BFA und HEKS. Des weitern sollte eine Retablierung intensiver Kooperation mit den südafrikanischen Kirchen und eine Aufarbeitung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Geschichte Schweiz-Südafrika angestrebt und gefördert werden.“

(Auszug aus dem „Executive Summary“ der Studie: „Schweiz-Südafrika: Sozioethische Perspektiven“: Studien und Berichte 59 aus dem Institut für Sozialethik ISE des SEK, Hans-Balz Peter, Dorothea Loosli)

29-6-2004

Urteil des Obersten Gerichts der USA (US Supreme Court) im Fall Sosa vs. Alvarez-Machain:

The Court holds that foreigners can use the Alien Tort Claims Act (ATCA) to institute lawsuits in the US for human rights abuses wherever they may be committed in the world. The Court holds that “today the door is open to a narrow class of international norms” for litigants to institute lawsuits under ATCA. It observes that “it would take some explaining to say now that federal courts must avert their gaze entirely from any international norm intended to protect individuals.” It holds that “Section 1350 was enacted on the congressional understanding that courts would exercise jurisdiction by entertaining some common law claims derived from the law of nations” and “there is every reason to suppose that the First Congress did not pass the ATS as a jurisdictional convenience to be placed on the shelf for use by a future Congress or state legislature that might, some day, authorize the creation of causes of action or itself decide to make some element of the law of nations actionable... the reasonable inference from the historical materials is that the statute was intended to have a practical effect the moment it became law.” The court further holds that “courts should require any claim based on the the present-day law of nations to rest on a norm of international character” defined with specificity and that claims “must be gauged against the current state of international law, looking to those sources we have long, albeit cautiously, recognized.”

(quoted in a letter by the Apartheid Debt and Reparations Campaign to its partners, solidarity organisations and supportive individuals, regarding support for the Khulumani lawsuit by signing a new Amicus Curiae brief, 13.7.04)

30-6-2004

Artikel zum Alvarez-Urteil in der „Washington Post“: Rights Ruling a Compromise.

Court urges narrow interpretation on letting foreigners sue in US:

The US Supreme Court issued a compromise ruling in its first interpretation of a key human rights law yesterday, upholding the right of foreigners seek compensations in US courts for abuses that take place abroad but urging federal judges to interpret that right narrowly to avoid judicial interference in foreign affairs.

By a vote of 6 to 3, the court confirmed that the 1789 Alien Tort Statute (ATS) authorises civil suits in this country for human rights violations of international legal principles that are as universally recognised today as were rules against piracy or assaulting diplomats at the time the ATS was passed.

“The judicial power should be exercised on the understanding that the door is still ajar subject to vigilant doorkeeping, and thus open to a narrow class of international norms today”, Justice David H. Souter wrote for the majority. He alluded to the prohibition against torture as an example of such a norm.

The precise impact of the court's opinion on the many ATS-based suits now pending remains to be hashed out in lower courts, but the ruling clearly rebuffed an effort by the Bush administration and the business community to eliminate them.

Souter echoed the arguments of the administration and the corporations in warning courts to be "particularly wary of impinging on the the discretion of the Legislative and Executive branches in managing foreign affairs."

In a footnote, Souter suggested that courts "should give serious weight" to arguments by the US and South African governments that a pending class-action suit against US firms for alleged collaboration with South Africa's apartheid-era governments would upset that country's reconciliation process.

Yet he offered only one clear example of an invalid human rights claim, and it was the one that prompted yesterday's case: the allegation by a Mexican, Humberto Alvarez-Machain, that a former Mexican police officer hired by the Drug Enforcement Administration to abduct him and bring him to the US for trial in the slaying of a DEA agent was guilty of violating international law against "arbitrary arrest" (Alvarez-Machain was acquitted of murder).

(Washington Post (USA), 30.6.04)

30-6-2004

Apartheid-Klagen: US-Anwälte von Apartheidopfern: Nach Entscheid des Obersten Gerichts noch Hoffnung für Klagen - SDA-Meldung:

Die Türen zum US-Gericht stehen für Klagen von Apartheid-Opfern noch offen. Nach einem Entscheid des obersten Gerichtshofes der USA kann ein Gesetz weiter angewendet werden, unter dem Geschädigte in den USA klagen können, selbst wenn sich der Schaden in einem Drittstaat ereignet hat.

Der oberste Gerichtshof (Supreme Court) habe in seiner Entscheidung klar gemacht, dass das US-Gesetz in Sachen Menschenrechten weiterhin eine Rolle spielen kann, sagte Anwältin Diane Simmons der Nachrichtenagentur sda am Dienstag. Sammons vertritt mit Michael Hausfeld Opfer der Apartheid, die auch gegen Schweizer Unternehmen geklagt haben.

Laut dem Entscheid des Supreme Court sind Klagen zulässig bei Zuwiderhandlungen gegen international definierte Rechtsnormen wie Genozid, Sklaverei und grobe Menschenrechtsverletzungen.

Experten werten den Entscheid als herbe Überraschung für die Wirtschaftswelt und die US-Regierung. Diese hatte argumentiert, das Gesetz aus dem Jahre 1789 sei bereits damals eine Totgeburt gewesen. Die Richter dagegen befanden, der sogenannte „Alien Tort Act“ erfülle nach wie vor einen Zweck.

In ihrer Entscheidung rufen die Richter des Supreme Court aber die Bundesrichter auf, die Aussenpolitik der USA in ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

Rechtsberater der beklagten Unternehmen sehen darin eine deutliche Aufforderung an den zuständigen Richter in New York, John Sprizzo, die Klagen abzuweisen.

Der südafrikanische Justizminister Penuell Maduna und US-Aussenminister Colin Powell hatten sich gegen die Apartheid-Klagen geäussert. „In diesem Fall sollten den Ansichten der Regierung über Auswirkungen des Falles auf die Aussenpolitik besonderes Gewicht gegeben werden“, schreibt Richter Milton Souter konkret auf die Apartheidfälle bezogen in einer Fussnote.

Nach Auffassung von Jubilee Südafrika und der Aktion Finanzplatz Schweiz, die die Klagen unterstützen, hat der Supreme Court Entscheid die Erfolgchancen der Klagen verstärkt. Stefan Howald von der Aktion Finanzplatz Schweiz sagte der sda, die Anmerkung des US-Bundesgerichts sei nur eine Empfehlung, die nicht unbedingt befolgt werden müsse. Gemäss Howald kann Hausfeld belegen, dass den Opfern

grosser Schaden mit konkreten Folgen zugefügt wurde, was eine Bedingung für die Zuständigkeit des Gerichtes sei.

In New York muss nun Bundesrichter Sprizzo seine Entscheidung über die Zulassung der Klagen fällen. Sammons und Hausfeld wollen auf Grund der Supreme Court-Entscheidung zusätzliche Dokumente einreichen, die für die Kläger sprechen. Richter Sprizzo hatte gegenüber Anwälten deutlich gemacht, dass er das Urteil des obersten Gerichtes abwarten wollte. Sprizzos Entscheidung werde aber „nicht in den nächsten Tagen“ erwartet, sagte eine Mitarbeiterin des Richters der Nachrichtenagentur sda am Dienstag.  
(SDA, 30.6.04)

1-7-2004

Armscor documents released:

Intervention by Defence Minister Mosiuoa Lekota has finally led to the release of documents by state arms procurement agency Armscor that reveal the military relationship that existed between South Africa and Switzerland during apartheid. Researchers from the Swiss National Science Foundation project on Swiss-South African military cooperation and the South African History Archive (Saha) said they had been battling with Armscor for the past 18 months to get access to the documents using the Promotion of Access to Information Act. According to SAHA, the documents detailed information on the technology of arms, arms production and intelligence exchange between the two countries.

Evelyn Groenink, a specialist in sanctions busting and the arms trade working on the project, wrote a letter to Lekota four months ago complaining about the treatment by Armscor, and foreshadowing a complaint to the public protector. Groenink: „I don't think we would've won if we didn't get the ear of the minister two months ago. He told Armscor that we shouldn't hide anything about what happened under the previous government.“

The names of Swiss companies involved in arms deals with South Africa remain masked, but Groenink said the documents revealed the „wholeheartedness,“ with which Switzerland then supported apartheid.

(This Day (SA), 1.7.04)

2-7-2004

Press Communique Jubilee South Africa: ADR Campaign and Michael Hausfeld met with Archbishop Desmond Tutu

„(...). Michael Hausfeld reviewed the progress of the lawsuit, noting the signal role played by the Archbishop in it. He further updated the Archbishop on the outcome of the Alvarez case before the US Supreme Court. (...). He also noted the kind of difficulties that might be indicated by the presence of the SA Government affidavit before a law court in the USA. The Archbishop, together with giving specific support to civil society interventions in this area, gave the delegation a wide range of advice on these questions, especially warning the delegation of the deleterious effects of the role played by Ed Fagan in these matters. (...).“

(Press Communique Jubilee South Africa, 2.7.04)

4/5-7-2004

International Apartheid Debt and Reparations Campaign: International Strategic Planning Meeting, Johannesburg, July 4th and 5th

4-7-2004

US court ruling revitalises SA compensation claims

Apartheid victims have vowed to step up their arguments for compensation claims from multinationals in the wake of a landmark ruling by the US Supreme Court this week. They insist the ruling, which gave the go-ahead for foreigners to use the 200-year old Alien Tort Claims Statute (ATCA), was in their favour, despite contradictory interpretations of a simultaneous „rule of restraint,,.

The Jubilee and Khulumani victims' groups met Archbishop Desmond Tutu on Friday, and he again gave his backing to their US litigation against multinational companies and banks.

The US Supreme Court ruled six to three this week that the ATCA is still available to foreigners for civil suits in relation to gross human rights violations, which the court said was universally recognisable, naming examples such as torture, genocide, rape, beatings and detention.

Both the defendants and the litigants now have 30 days in which to bring new arguments to the judge.

The „rule of restraint,, means that lower courts should be careful of and respect the prerogative of the executive of both the US and foreign legislatures and executives to manage their own foreign affairs and that litigations should not affect foreign relations.

Professor Gerhard Erasmus, an international and human rights law expert, said the ruling meant that South African victims „would definitely be able to bring such cases, if gross violations occurred, and that the US court will have jurisdiction over it,, but that the „lower court must interpret the sensitivities of the South African and American executives. It is a rule of restraint, not a prescription, and it is not beyond review,, said Erasmus.

Enver Daniels, South Africa's chief state law adviser, said he did not have instructions yet as to whether the government will make further representations to Judge Sprizzo.

(Sunday Independent (SA), 4.7.04)

5-7-2004

Press Release Jubilee South Africa: Fresh optimism - the civil law suits in the US „Jubilee South Africa and the Khulumani Support Group are currently holding an international consultation in a climate of fresh optimism in light of the US Supreme Court ruling last week on the Sosa vs Alvarez case. The ruling has opened the door for victims of human rights violations around the world seeking redress under den Alien Tort Claims Act. It has provided a climate of hope for the survivors of gross human rights violations during the apartheid era.

It has strengthened the chances of success of the Khulumani litigation in the New York Southern District Court (...).

The consultation is being held in Johannesburg from 4 to 5 July and includes campaign partners from Zimbabwe, Zambia, Malawi, Namibia, Swaziland, Switzerland, Germany, United States and Norway. The legal team, led by Michael Hausfeld in the USA and Charles Abrahams in South Africa, are also present.

The main thrust of deliberations consists in a review of the international Apartheid Debt and Reparations Campaign, including the state of the Khulumani litigation. We are paying special attention to developing strategies as to how best to relate to the new legal environment.

There has been overwhelming support from the international human rights community individuals of stature for our demand for reparations. Archbishop

Desmond Tutu and economist Joseph Stiglitz as well as international campaigns have filed Amicus briefs in support. It is, however, unfortunate that the South African government put an affidavit before the court in New York last year, calling for the dismissal of the cases relating to Apartheid, in particular because this is being used by banks and corporations in the North and their governments to argue for restriction of the legislation and dismissal of the Apartheid cases.

We have decided on the following in response to the ruling:

- > To seek an urgent meeting with the Minister of Justice, Bridget Mabandla, to discuss our concerns on the government affidavit
- > To enter into discussions with churches, unions and other civil society organisations so as to broaden support for the Khulumani case
- > To develop a further Amicus brief for presentation to the court from international supporters, including human rights organisations, other civil society formations and key and influential individuals.

The consultation reiterated our position that we will pursue claims against international companies where there is the best chance for a successful outcome, but that we will address domestic companies within South Africa. We distance ourselves from the irresponsible role played in these matters by the US attorney Ed Fagan.” (Press Release Jubilee South Africa, 5.7.04)

5-7-2004

Apartheid victims to pursue US court case

US lawyer Michael Hausfeld told reporters in Johannesburg that his clients' case had been considerably strengthened by the US Supreme Court judgment: “The ruling has opened the door for victims of human rights violations around the world seeking redress under the Alien Tort Claims Act. It has provided a climate of hope for the survivors of gross human rights violations during the apartheid era.”

(Sapa, 5.7.04)

6-7-2004

Public seminar on reparations: international, social, legal, economic dimensions. Organised by Jubilee South Africa in conjunction with WISER - Wits Institute for Social and Economic Research, at the University of the Witwatersrand, Johannesburg

Speakers: Yasmin Sooka (Director Foundation for Human Rights, TRC Commissioner, Patron Jubilee South Africa), Michael Hausfeld (US Human Rights Attorney), Dumisa Ntsebeza (SA Advocate, TRC Commissioner, Patron of Jubilee), Mascha Madörin (Swiss economist, feminist and researcher)

14-7-2004

Resolution by the South African Council of Churches' Triennial Conference on Reparations:

“The National Conference acknowledges the experience and expertise developed by the Khulumani Support Group in the areas of reparations as a means of redress for gross human rights violations, both at a local and an international level.

The National Conference recognises the right of people to seek legal redress for corporate practices that helped to sustain the apartheid government.

The National Conference calls on the NEC to facilitate ongoing dialogue between the SACC, Khulumani Support Group and any other victim groups to:

- > deepen the understanding of the TRC's unfinished business and reparation issues;
- > to explore co-operation and support for programmes that advance the healing of

victims in a way which enables responsible rebuilding and development of community  
The National Conference notes the existing Amicus brief in support of the Khulumani litigation in addressing issues of global inequity and the practices of corporations, both internationally and locally and refers this to the NEC for urgent action.

The National Conference also mandates the NEC to meet with government to consider the wisdom of continuing to oppose the Khulumani litigation, as distinct from the class action.”

(Resolution by the South African Council of Churches’ Triennial Conference on Reparations, Cedar Park Conference Centre, Johannesburg, 14.7.04)

8-04

Brief of Amici Curiae International Human Rights Organisations, TRC Commissioners, and Others in Support of Plaintiffs of the Khulumani Case ready to be filed.